

4. Sitzung des Gemeindeparlamentes

Donnerstag, 25. Januar 2024

Stadthaus, Ratsaal

Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Christian Huber,
6. Simone Sager, 7. Markus Wyss, 8. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Daniela Minikus,
5. Luc Nünlist, 6. Claudia Schmid-Weber, 7. Luisa Segessenmann

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma, 5. Denise Spirig
(ab 19.20 h)

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Seu-Jhing Tang
Andrea Walder

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: -

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerin: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - * 7.1 Dringliche Interpellation SVP betr. Zukünftige Kremationsgebühren
 - ** 7.2 Vorschlag betr. schulergänzende Tagesbetreuung in der Stadt Olten
 - ** 7.3 Auftrag Anna-Lea Enzler und Claudia Schmid-Weber (SP/JSP) betr. Mittagstisch und schulergänzende Betreuung für Kindergarten- und Schulkinder ausbauen
 - 7.4 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker, Vivek Sharma (OJ) und MU betr. Velofahrbahnmarkierungen Klosterplatz bis alte Brücke
 - 7.5 Überparteilicher Auftrag Fraktionen SP/JSP und GO/JGO betr. Stationen fürs Pumpen, Flickern, Unterhalten und Laden von Fahrrädern im Stadtgebiet prüfen
 - 7.6 Auftrag Matthias Borner (SVP) und MU betr. Schutz vor Diebstählen bei der Garderobe des Leichtathletikstadions Kleinholz
 - 7.7 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP, OJ, Mitte/GLP/EVP betr. Mobilitätskonzept Schule für Olten
 - *** 7.8 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP betr. Stadtbäume befreien
 - *** 7.9 Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt Schweiz (Label)
 - *** 7.10 Parlamentarischer Antrag Marc Winistörfer (SVP) betr. Änderung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten betr. Elektronisches Einreichen von Kleinen Anfragen vereinfachen
 - *** 7.11 Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Immobilienmanagement Olten
 - *** 7.12 Überparteilicher Auftrag Nico Zila (FDP) und MU betr. Turnhallen während der Schulferien für Oltner Sportvereine öffnen
 - *** 7.13 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ), Manuela Höfler (GO/JGO) und Daniela Minikus (SP/JSP) betr. Anpassung Baureglement bez. Bewilligung klimarelevante Bauprojekte in Schutzzonen
 - *** 7.14 Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Sicherheit in Bahnhofsnähe Olten
 - *** 7.15 Interpellation Thomas Fürst (FDP) und MU betr. Praxis der Stadt Olten im Bezug auf das Engagement im freien Markt

- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** Vorgezogene Traktanden
- *** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier vor Ort und zuhause via YouTube, liebe Presse. Ich begrüße Euch ganz herzlich zur zweiten Januar-Sitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Kurze Abwesenheit des Stadtpräsidenten

Der Stadtpräsident wird nach der Behandlung des ersten Geschäfts, d.h. nach der dringlichen Interpellation, kurz rüber ins Kino Capitol gehen, wo er erwartet wird. Es findet dort die Eröffnung der ukrainischen Filmtage statt und es wird der erste Sekretär der Ukrainischen Botschaft erwartet. Er wäre daher dankbar um eine zügige Geschäftsbehandlung und er verspricht, später wieder zurückzukommen.

Änderung Traktandenliste

Wir beginnen mit einer weiteren Demission aus dem Gemeindeparlament, danach kommen wir, wie ich gestern schon mitgeteilt habe, zur dringlichen Interpellation, danach zum Volksvorschlag betreffend schulergänzende Tagesbetreuung. In diesem Zusammenhang begrüssen ich ganz herzlich Daniela Oppliger, welche dieses Geschäft vorstellen wird. Nach dem ebenfalls vorgezogenen Auftrag von Anna-LeaENZler und Claudia Schmid werden wir in der Traktandenliste weiterfahren, wie ihr sie erhalten habt.

Demission Anna-LeaENZler

Gerne lese ich Euch das Demissionsschreiben von Anna-LeaENZler vor: «Geschätzter Stadtrat, sehr geehrte Präsidentin, liebe Yael, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Mit grossem Bedauern muss ich meine Demission aus dem Oltner Stadtparlament per 31. Januar 2024 aufgrund meines Umzugs nach Trimbach bekanntgeben. Es war mir stets eine grosse Freude, mit Euch im Ratsaal zu sitzen und eine Ehre, mich als Vertreterin für die Oltner/innen direkt politisch einbringen zu können. Die Arbeit im Parlament war mir immer wichtig. Gerade als berufstätige Mutter konnte ich eine grosse Gruppe der Stadt im Rat repräsentieren und die Anliegen junger Familien einbringen. Vielen Dank für die wertvolle Erfahrung, ein grosses Merci an meine Fraktion und wir sehen uns wieder, sobald Trimbach und Olten fusioniert haben. Alles Gute, frohes Streiten und liebe Grüsse, Anna.» Liebe Anna, ich möchte dir gerne den Dank zurückgeben. Vielen Dank für dein Engagement. Ich habe deine Voten immer sehr geschätzt. Und in sehr guter Erinnerung bleibt vor allem dein engagiertes Votum zur Stellvertretung, bei welchem du sehr klar gezeigt hast, weshalb es genau für Mütter sehr wichtig ist, dass man sich hier im Parlament stellvertreten lassen kann. Ich hoffe, das Votum hat etwas gebracht und dass wir vom Stadtrat dazu eine neue Vorlage erhalten. Dies als kleiner Seitenhieb an den Stadtrat. Es würde mich freuen. Was mich ebenfalls freut, ist, dass euer Auftrag, den Claudia und du eingereicht haben, heute noch zur Behandlung kommt, sodass du noch dabei sein kannst. Ich verabschiede dich, wie man so sagt, mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Denn ich denke, Trimbach wird sich sehr freuen, dich zu bekommen. Ich glaube, für Trimbach ist es genau so schön, engagierte Leute zu haben. Von dem her gönne ich das Trimbach natürlich. Und wie gesagt, vielleicht gibt es irgendwann eine Fusion und dann sehen wir uns wieder hier im Parlament. Das wäre natürlich schön.

Vorstösse/Eingang

- Kleine Anfrage Marc Winstörfer (SVP) betr. Migrationsbeirat
- Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Häufigere Kartonsammlungen für das Gewerbe
- Auftrag Fraktion SP/JSP betr. Badi für alle

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 36

Dringliche Interpellation SVP betr. zukünftige Kremationsgebühren/ Beantwortung

Am 22. Januar 2024 hat die SVP folgende Interpellation zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird höflich gebeten, zu den folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. Wie hoch werden die Kremationsgebühren ausfallen, wenn der Variante «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird?
2. Wie hoch fallen künftig die Kosten für eine Kremation aus, wenn der Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird und die Oltnerinnen und Oltner auf auswärtige Krematorien ausweichen müssen?
3. Bisher werden für Verstorbene aus Starrkirch-Wil Kremationsgebühren in gleicher Höhe erhoben wie für verstorbene Oltnerinnen und Oltner. Bestehen für die Stadt Olten im Falle einer Schliessung des Krematoriums weiterhin Verpflichtungen gegenüber Starrkirch-Wil?
4. Wird der Stadtrat den Ersatz der Ofenlinie mit einer Gebührenerhöhung oder (ausschliesslich) mit Steuergeld finanzieren?
5. Welche Gebühren (u.a. für die Nutzung der Abdankungshalle) werden in Zukunft noch erhoben, wenn der Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird?
6. Was geschieht nach einem Doppel-Nein bei der Abstimmung? Was heisst dies für das Krematorium?

Begründung der Interpellation

Die *Kosten für die Stadt* werden für beide Varianten ausgewiesen. Für die Variante «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» wird mit Kosten von 8'878'100 Franken (+/-10%) gerechnet, bei der Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» sollen die Kosten 4'812'900 Franken (+/-20%) betragen. Nicht gänzlich geklärt sind die *Kosten, die den Hinterbliebenen* für eine Kremation in Rechnung gestellt werden.

Es ist uns natürlich klar, dass die geforderten Zahlen auf Schätzungen beruhen und bis zur definitiven Umsetzung einer der Varianten noch einige Zeit vergehen wird. Trotzdem sollten die Oltnerinnen und Oltner im Vorfeld der Abstimmung gewisse Anhaltspunkte haben, welche Kosten in Zukunft auf sie zukommen werden, wenn eine Angehörige oder ein Angehöriger verstirbt und kremiert werden soll.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit der Interpellation ergibt sich aus der Tatsache, dass die Volksabstimmung über die Zukunft des Krematoriums am 3. März 2024 stattfinden wird. Da die nächste Gemeinderatssitzung erst nach der Abstimmung stattfinden wird, ist eine rechtzeitige Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat nur möglich, wenn der Dringlichkeit zugestimmt wird.

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet im Namens des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

1. Wie hoch werden die Kremationsgebühren ausfallen, wenn der Variante «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird?

Diese Frage muss vom zuständigen Organ (Parlament oder Volk) noch beantwortet werden. Wenn, wie angedacht, eine vollständige Amortisation der Ofenlinie (3'332'700 Franken) über die Gebühren erfolgen soll, dann müssten unter den untenstehenden Parameter folgende Preise verlangt werden:

Variante 1 – keine Preisreduktionen mehr

| | |
|---|-------------------------|
| Kalkulatorischer Zinssatz: | 2.5% |
| Nutzdauer | 15 Jahre |
| Durchgeführte Kremationen pro Jahr | 960 Kremationen |
| Preisreduktion Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | keine |
| Preis für alle Gebührenden | 600 Franken exkl. MwSt. |

Variante 2 – Preisreduktion 25% für Einheimische

| | |
|---|-------------------------|
| Kalkulatorischer Zinssatz: | 2.5% |
| Nutzdauer | 15 Jahre |
| Durchgeführte Kremationen pro Jahr | 960 Kremationen |
| davon Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 175 Kremationen |
| Preisreduktion Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 25% |
| Preis Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 480 Franken exkl. MwSt. |
| Preis Auswärtige | 640 Franken exkl. MwSt. |

Variante 3 – Preisreduktion 50% für Einheimische

| | |
|---|-------------------------|
| Kalkulatorischer Zinssatz: | 2.5% |
| Nutzdauer | 15 Jahre |
| Durchgeführte Kremationen pro Jahr | 960 Kremationen |
| davon Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 175 Kremationen |
| Preisreduktion Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 50% |
| Preis Oltner/innen u. Starrkirch-Wiler/innen | 335 Franken exkl. MwSt. |
| Preis Auswärtige | 670 Franken exkl. MwSt. |

Die aktuellen Preise exkl. MwSt. in Olten sind 500 Franken für eine auswärtige verstorbene Person und 250 Franken für eine einheimische verstorbene Person. Hinzu kommen die Kosten einer Urne, welche für Auswärtige 50 Franken und für Einheimische 25 Franken betragen. Die Kosten für die Urne müssten den obenerwähnten Preisen zugeschlagen werden. Zum Vergleich: Aarau verrechnet derzeit für eine Kremation 695 Franken inkl. Urne exkl. MwSt.

2. Wie hoch fallen künftig die Kosten für eine Kremation aus, wenn der Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird und die Oltnerinnen und Oltner auf auswärtige Krematorien ausweichen müssen?

Wird der Variante A (Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau) zugestimmt, werden gleichzeitig auch die entsprechenden Bestimmungen im Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen und in der Gebührenordnung aufgehoben. Somit entfällt die Anordnung, Kremationen anzubieten, und es werden auch keine Gebühren (auch keine reduzierten) mehr erhoben. Die Kosten für die externe Kremation werden dann im vollen Umfang dem Nachlass in Rechnung gestellt.

3. Bisher werden für Verstorbene aus Starrkirch-Wil Kremationsgebühren in gleicher Höhe erhoben wie für verstorbene Oltnerinnen und Oltner. Bestehen für die Stadt Olten im Falle einer Schliessung des Krematoriums weiterhin Verpflichtungen gegenüber Starrkirch-Wil?

Der Vertrag mit Starrkirch-Wil gibt der Stadt Olten das Recht, auf dem ihr gehörenden Grundstück beim Friedhof Meisenhard, welches zur Gemeinde Starrkirch-Wil gehört, Erd- und Feuerbestattungen durchzuführen. Im Gegenzug verrechnet die Stadt Olten für Bestattungen und Kremationen von Verstorbenen aus der Gemeinde Starrkirch-Wil nur die Hälfte der jeweils gültigen Taxe für Auswärtige. Diese Vereinbarung trat per 1. Januar 1965 in Kraft und gilt für 100 Jahre. Mit dem Wegfall eines Krematoriums wird die Erbringung der Leistung nicht mehr möglich sein. Die entsprechende Bestimmung des Vertrages wird somit gegenstandslos. Alle anderen Tarife für Einwohnende der Gemeinde Starrkirch-Wil bleiben hingegen bestehen.

4. Wird der Stadtrat den Ersatz der Ofenlinie mit einer Gebührenerhöhung oder (ausschliesslich) mit Steuergeld finanzieren?

Geplant ist, dass für den Ersatz der Ofenlinie eine Vollkostenrechnung erstellt werden soll (vgl. Punkt 1). Für die Instandstellung des Gebäudes werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Einwohnergemeinde Olten aufkommen.

5. Welche Gebühren (u.a. für die Nutzung der Abdankungshalle) werden in Zukunft noch erhoben, wenn der Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» zugestimmt wird?

Eine Anpassung des Gebührentarifs ist ausser bei einem Doppel-Nein so oder so angedacht. Dieser bedarf aber eines breit abgestützten Prozesses, der erst angegangen werden soll, wenn klar ist, wie es mit dem Krematorium weitergehen soll.

6. Was geschieht nach einem Doppel-Nein bei der Abstimmung? Was heisst dies für das Krematorium?

Bei einem doppelten Nein gibt es keine finanziellen Mittel für die dringenden Sanierungsmassnahmen bei den Bauten und der technischen Einrichtung (Ofen- und Filteranlage, Kühlanlagen). Das bedeutet zum einen, dass der Kremationsofen aus Sicherheitsgründen und infolge der Umweltauflagen früher oder später stillgelegt werden muss und in Olten keine Kremationen mehr durchgeführt werden können. Zum anderen bleiben die Abdankungshalle, das Kühllager, die Aufbahrungs- und Nebenräume im heutigen Zustand. Da die Kühlanlagen am Ende der Lebensdauer sind, die Räume nicht hindernisfrei erreichbar sind und die Bausubstanz dringend unterhalten werden muss, wird in absehbarer Zeit ein neuer Sanierungskredit für die Erhaltung der Baute und der Kühlinfrastruktur vorgelegt werden müssen.

- - - -

Matthias Borner, Interpellant: Vielen Dank für die Antworten, die sehr aufschlussreich sind. Wir freuen uns, dass die Fragen ehrlich beantwortet wurden. Mit der Antwort auf die Frage 6 sind wir natürlich absolut nicht einverstanden. Das Volk hat in der ersten Abstimmung mit dem Nein zu diesem Reglement ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass es weiterhin ein Krematorium will. Der Stadtrat setzt alle Hebel in Bewegung, um dieses Krematorium endlich dem Boden gleich zu machen und es aufzugeben. Wir wissen nicht genau, weshalb der Stadtrat das Krematorium unbedingt schliessen will. Aber er lässt nichts aus. Wir werden uns auch bei einem Doppel-Nein überlegen, was für nächste Schritte wir machen könnten. Einen Volkauftrag oder irgendetwas. Wir sind mit dieser Antwort 6 sicher nicht einverstanden. Das andere ist sehr aufschlussreich. Vielen Dank auch für die Zahlen und dass diese so schnell vorliegen. Auch mit den Kosten. Weil es ja Gebühren sind, sollten diese finanziert sein. Ich gehe davon aus, dass man so auch diese Ofenlinie über gewisse Jahre mehr oder weniger amortisieren kann. Das ist auch ein Argument, welches wir immer wieder vorgebracht haben

und worauf nie wirklich eingegangen wurde. Auch hier sieht man, ein Krematorium kann man in der Stadt Olten weiterhin führen. Und die Stadt Olten verdient das auch. Mich nähme wunder, was Starrkirch-Wil dazu sagt. Wenn ihr einfach sagt: «Ja, wenn wir es nicht mehr machen, dann ist dieser Vertrag einfach nichtig.» Aber das ist etwas, das die Obrigkeiten dieses Dorfes mit euch besprechen müssen. Da können wir natürlich nicht viel dazu sagen. Aber ich wäre gespannt, ob er das auch so sieht, wie ihr. Aber eben, vielen Dank. Wir können so nun beruhigt in die Mitgliederversammlung der SVP vom Freitag gehen. Ihr seid morgen Abend um 19 Uhr auch alle herzlich eingeladen. Wir sind befriedigt von den Antworten. Danke, dass ihr es offengelegt habt, dass ihr auch ehrlich seid und dass ihr dazu steht, dass ihr den Volkswillen nicht ernstnehmen wollt. Wir freuen uns auf den Wahlkampf.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich vertrete hier den verantwortlichen Finanzdirektor Benvenuto Savoldelli und werde ihm die Kritik auch weiterleiten. Zu Starrkirch-Wil: Ja, ich habe den Obrigkeiten des Dorfes die Antworten geschickt. Allerdings auch erst heute Morgen, da ihr ja diese Dringlichkeit erst beschliessen musstet. Eine Reaktion habe ich noch nicht erhalten. Aber ich bin mit ihm immer wieder im Austausch. Wir treffen uns an verschiedenen Anlässen, in diesem Sinne. Mir noch wichtig zu erwähnen ist die Gebühren-revision, die aktuell läuft. Dort haben wir den Passus, bzw. die Unsicherheit, aufgenommen, worüber man nach der Abstimmung am 3. März je nach dem entscheiden kann. Wichtig ist, dass es dort auch in die Revision der Gebühren reinkommt, welche dann hier im Gemeindeparlament beschlossen werden kann.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Wie in der Beantwortung des Stadtrates herauszulesen ist, würde die Erneuerung der Ofenlinie und/oder das Instandstellen der Abdankungshalle die Steuerzahlenden von Olten finanzieren, was für die Fraktion SP/JSP grundsätzlich ein fairer Finanzierungsweg darstellt. Das Geld kommt aus einem Steuertopf und wird auch wieder für die Oltner Bevölkerung investiert. Würde man sich nun aber für die Variante Ersatz Ofenlinie und Instandstellung des Hochbaus festlegen, kämen für alle Beteiligten höhere Gebühren auf und man hätte auch rund CHF 8.8 Mio. Investitionskosten. Man kann daraus schluss-folgern, dass eigentlich eine Variante Rückbau Ofenbau und Instandstellung Hochbau der gangbarste Weg für alle wäre. Ich möchte hier aber nun nach dem Votum von Matthias betonen, dass es auch hier wichtig ist und der richtige Moment, dass man diese Investitionen vornimmt. Denn die Gebäude sind, wie bekanntlicherweise weitere Liegenschaften in Olten, in einem desolaten Zustand und müssen saniert werden. Es wäre also schön, wenn sich alle Parteien für den Erhalt der Abdankungshalle stark machen würden oder sich zumindest für eine der beiden Varianten aussprechen. Ein doppeltes Nein und ein weiteres Szenario wie jenes vom Kunstmuseum wäre für die Stadt Olten fatal und ein Armutszeugnis der Oltner Politik.

Nico Zila, Fraktion FDP: Ich habe bereits gestern gesagt, als wir über die Dringlichkeit befunden haben: Diese Fragen zum Thema Gebühren werden zu gegebener Zeit zu beantworten sein durchs Parlament und eventuell auch durchs Volk. Der Stadtrat zeigt dies ebenfalls auf und in diesem Sinn wurden sie ausnahmsweise durch die SVP etwas zu früh gestellt. Es ist aber aufschlussreich, auch diese Zahlen zu sehen und ich glaube, ich nehme nichts vorweg, wenn ich sage, dass die FDP in der Frage der Gebührenhöhe es mit dem Äquivalenzprinzip gut hält. Also, dass wir eigentlich den Eindruck haben, dass, wer die Gebühren verursacht, sie auch decken soll. Diese Fragen werden wir aber, wie gesagt, noch klären. Bei uns hat bereits im alten Jahr 2023 eine Parteiversammlung über diese Vorlage befunden. Wir empfehlen zwei Mal «nein» zu stimmen. Nichts desto weniger gibt es auch in der FDP Leute, die möchten, dass das Krematorium weiterbetrieben wird und die es gleich sehen, wie zuvor der Sprecher von den Interpellanten. Nämlich, dass für die Stadt Olten ein reglementarischer Auftrag besteht, ein Krematorium zu betreiben. Und dass früher oder später eine neue Bauvorlage kommen müsste. In diesem Sinn teilen wir das Befremden der SVP über die Antwort zur Frage 6. Bereits die Koppelung des Krematoriums mit der Sanierung der Abdankungshalle in der Volksabstimmung ist für einen guten Teil unserer Partei einigermassen fragwürdig. Aber es ist nun so, dass am 3. März diese 2 Varianten zur Abstimmung kommen. Das heisst nicht, sollten beide abgelehnt werden, dass dieses Thema

für uns komplett vom Tisch ist. Matthias, dann können wir dann zusammen schauen, wie wir weiter vorgehen wollen.

Muriel Jeisy, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch wir finden die Zahlen aufschlussreich und denken, gewisse Stimmen haben schon etwas, die beispielsweise Vergleiche mit Aarau machen, dass es doch möglich sein sollte, diese Ofenlinie und das Krematorium auch eine Art kostendeckend zu betreiben. Also, von dem her ist das schon mal ein sehr interessanter Ansatz und zeigt auch, dass ein Teil sinnvollerweise über die Gebühren gelöst werden muss, was im Detail effektiv erst dann zu regeln ist, sobald es Klarheit gibt. Aber gewisse Anhaltspunkte sind hier effektiv hilfreich. Ich kann mich bei Punkt 6 meinen Vorrednern explizit anschließen. Das erstaunt doch sehr. Gerade auch für Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter uns, die schon länger im Parlament sind. Ich kann mich nicht erinnern, das haben wir damals schon bei der Vorlage gesagt, als es damals um die Aufhebung gegangen ist, dass auf den dringenden Sanierungsbedarf der Abdankungshalle, und in diesem Zusammenhang auf Kosten hingewiesen wurde. Umso mehr erstaunt es nun doch zu lesen, dass selbst bei einem Doppel-Nein, dies dann offenbar trotzdem wieder im Fokus steht. Ich denke, hier ist effektiv das letzte Wort noch nicht gesprochen und es muss noch einmal gut angeschaut werden.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Auch wir bedanken uns für die interessanten Berechnungen des Stadtrats. Da nun Abstimmungsparolen bekanntgegeben werden, sage ich das in diesem Fall auch: OJ findet es mega wichtig, dass diese Abdankungshalle saniert wird. Denn dort finden ja Abdankungen statt. Und ich denke, es ist gut, wenn diese Gebäude nicht verlottern. Für die Verbrennungsanlage kann sich bei uns niemand so mega erwärmen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich würde gerne eine Bemerkung machen, ich habe es bereits gestern bei der Debatte ums Kunstmuseum gesagt. Wir haben eigentlich die Verpflichtung zu schauen, dass die städtischen Institutionen ihre Aufgaben erfüllen können. Und es ist nun wirklich so, dass im Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen steht: «Der Baudirektion obliegt der Betrieb und Unterhalt der Anlagen im Friedhof Meisenhard. Insbesondere das Krematorium, die Abdankungshalle und der Aufbahrungsraum.» Wenn wir keine Anlage haben, die funktioniert, dann können wir auch nicht Betrieb und Unterhalt gewährleisten und die Arbeit kann nicht ausgeführt werden. Und es ist einfach nicht mehr als ehrlich, wenn wir diese Frage 6 so beantworten. Und Muriel, noch eine Antwort für dich: Diese Kühlanlage beispielsweise ist eine gesetzliche Pflicht. Jede Gemeinde ist verpflichtet, für ihre Einwohnerinnen und Einwohner Kühlanlagen anzubieten. Es machen es nicht alle, daher machen wir es für die meisten umsonst. Ich sage nur, es ist eine gesetzliche Verpflichtung. Man muss einfach wissen, dass wenn wir kein Geld erhalten, um dort oben einen Ofen zu installieren, können wir diese Dienstleistung auch nicht anbieten. Alles andere wäre unehrlich zu behaupten. Darum möchte ich doch an euch appellieren, das Krematorium vielleicht nicht zu bodigen.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Danke für deine Ausführungen, liebe Marion. Wenn ich noch rasch nachfragen darf: Du hast gesagt, wir machen es für andere Gemeinden «umsonst». Also, die bezahlen nichts dafür, dass sie ihrer, wie du sagst, ihrer gesetzlichen Pflicht nicht nachkommen und wir für es für sie machen? Also, dann wäre ja dort von den Gebühren her dringender Handlungsbedarf angesagt. Und du hast recht, ich persönlich bin sowieso nicht für «bodigen». Aber wenn, dann würde ich auch vom Stadtrat erwarten, sobald das Thema aufkommt, dass man dann wirklich Infos zur Sachlage und Einschätzung der Gesamtbauten erhalte und nicht, das, was letztes Mal passiert ist. Denn da hatten wir ganz andere Infos erhalten und ich hatte mir ein anderes Gesamtbild gemacht. Einfach für ein anderes Mal. Das würde vielleicht den ganzen Prozess erleichtern.

Stadträtin Marion Rauber: Danke Muriel, ich bin natürlich auch deiner Meinung. Ich finde, unsere Liegenschaften müssen einfach unterhalten werden und man hatte in der Vergangenheit auch einige Versäumnisse, sodass wir solche Sachen jetzt antreffen. Und wir haben dieses Gebäude, ich habe es in der Debatte schon gesagt, genau angeschaut, bevor

man dort eine neue Ofenlinie installieren könnte. Was braucht es, damit der Strom fliesst, damit das Wasser abfließt? All diese Geschichten. Darum ist dieser Zustand erst dann konkret auf den Schirm gelangt. Wir sind nun daran, unsere Liegenschaften im Rahmen dieser Werterhaltungsstrategie, welche wir aber noch nicht so lange aufgestartet haben, mal anzuschauen. Und es ist schon so, dass die ganze Gebührengeschichte zwingend angeschaut werden muss. Sie muss auch angeschaut werden, falls eine neue Ofenlinie kommt. Es ist ja so, dass wir jetzt bei jeder Kremation eigentlich ein bisschen drauflegen, weil es aktuell nicht kostentragend ist. Es muss in jedem Fall angeschaut werden, egal, was hier herauskommt.

Timo Probst (SP/JSP): Ein Gedankenspiel für die anwesenden Kantonsräte und Kantonsrätinnen: Meiner Meinung nach ist dies ein typisches Beispiel dafür, dass wir in der Stadt Olten über etwas abstimmen, das nachher vor allem ganz viele Leute ausserhalb der Gemeinde brauchen. Die Kremierung wäre in meinen Augen eine typische Kantonsaufgabe. Vielleicht könnte man sich das mal überlegen, und sich fragen: Weshalb übernimmt nicht der Kanton solche Angebote? Oder finanziert sie zumindest mit. Und zum Zweiten: Zum Glück ist heute keine Fledermaus im Saal, welche diese Diskussion im Parlament torpediert, wie letztes Mal. Damals sind die tieferen Zahlen von Ofenbauenden im Raum herumgegeistert, die der SVP vorliegen. Damals hat man gesagt, man wolle die Quelle nicht offenlegen. Mittlerweile wissen wir aber, dass wahrscheinlich relativ viele anonyme E-Mails in der Inbox der SVP landen. Es würde mich einfach einmal mehr interessieren, da man vom Kremieren in Olten und einem solchen Projekt so überzeugt ist, nicht einfach auch mal sagen kann: «Ja, wir unterstützen das.» Das ist mir einfach nicht ganz klar. Die Optionen würden ja jetzt wirklich auf dem Tisch liegen.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 37

Vorschlag Clemens Baschung und MU betr. Schulergänzende Tagesbetreuung Stadt Olten/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 22. Juni 2023 wurde vom Erstunterzeichnenden Clemens Baschung der folgende Volksauftrag (Vorschlag gem. Art 16 GO) eingereicht:

«Der Stadtrat ist wie folgt zu **beauftragen**:

- Der Stadtrat sorgt dafür, dass die Stadt Olten die Verantwortung, die Planung und die Hauptorganisation der schulergänzenden Tagesbetreuungsplätze in Olten übernimmt.
- Der Stadtrat schafft die notwendigen Voraussetzungen, damit die Stadt Olten spätestens mit Wirkung ab dem Schuljahr 2024/25 auf dem gesamten Stadtgebiet über ausreichend schulergänzende Betreuungsplätze verfügt. Zu diesem Zweck sorgt der Stadtrat für eine mindestens jährliche Erhebung der Nachfrage (Anmeldemöglichkeit) bei den Eltern in der Stadt Olten.

Begründung

Der Gemeinnützige Frauenverein engagiert sich dankenswerterweise seit über 30 Jahren dafür, schulergänzende Betreuung für Primarschulkinder (Kinderhort) in Olten anzubieten. Die Stadt Olten fühlte sich demgegenüber lange Zeit nicht dafür verantwortlich. Eine im Dezember 2020 eingereichte Motion von Corina Bolliger im Gemeindeparlament, mit welcher verlangt wurde, Tagesschulen in Olten einzuführen, wurde auf Antrag des Stadtrates zu Gunsten einer Bedürfnisabklärung abgelehnt. Diese fand in Form einer Elternumfrage im Frühjahr/Sommer 2022 dann auch statt. Die Ergebnisse wurden vor wenigen Tagen – fast ein Jahr nach der Durchführung der Umfrage und zweieinhalb Jahre nach dem Vorstoss Bolliger – publiziert. Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen, dass sich **viele Eltern mit Kindern ab Stufe Kindergarten bis Primarschule mehr Angebote für Früh-, Mittags- und Nachmittagsbetreuung sowie eine professionelle, flexible schulergänzende Betreuung wünschen**.

Die von der Stadt Olten in der Medienmitteilung vom 17. Mai 2023 erwähnte Absicht, im noch nicht erstellten Schulhaus Kleinholz nach dessen Bezug einen städtischen Pilotbetrieb für schulergänzende Betreuung aufzubauen, ist allerdings ungenügend. Weder steht heute verbindlich fest, wann das Schulhaus Kleinholz tatsächlich bezogen werden kann, noch ist nachvollziehbar, weshalb das Angebot nicht bereits früher an bestehenden Schulstandorten eingeführt oder wenigstens pilotiert werden kann.

Die Problematik ist bereits heute akut, die Stadt Olten benötigt zeitnah ein ausreichendes und Bedürfnisgerechtes schulergänzendes Angebot. Der Kinderhort an der Reiserstrasse bietet aktuell **20 Tagesplätze** an, womit die schulergänzende Betreuung auf der ganzen rechten Aareseite abgedeckt werden soll. Die drei Kinderkrippen auf der rechten Aareseite bieten ein Vielfaches dieser Plätze, und werden auch genutzt. Ab dem Schuleintritt können die Kinder nicht mehr in der Kinderkrippe betreut werden. Berufstätige Eltern sind aber auch ab dem Schuleintritt weiterhin auf verlässliche, professionell organisierte schulergänzende Betreuung angewiesen.

In der Antwort von Stadträtin Iris Schelbert auf die Motion Bolliger von 2020 kann nachgelesen werden, Angebot und Nachfrage bei der Kinderbetreuung würden sich in Olten das

Gleichgewicht halten. Dies entspricht seit längerem nicht der Wahrnehmung betroffener Eltern, und auch nicht dem Ergebnis der nun durchgeführten Elternumfrage. Es ist notorisch, dass es für den Kinderhort sehr lange Wartelisten gibt. Die Situation hat sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt.

Nach Auskunft des Gemeinnützigen Frauenvereins könnten allein mit den Kindern auf der Warteliste sofort 15 weitere Betreuungsplätze gefüllt werden.

Gefordert werden keine Betreuungskosten auf Vorrat, sondern schlicht und einfach stets und laufend ausreichend Plätze. Zur Feststellung des Bedarfs stehen dem Stadtrat bereits demografische Daten der Einwohner:innen (die ja auch für die Umfrage zur Bedarfsabklärung beigezogen wurden) sowie Nutzerzahlen der Kindertagesstätten zur Verfügung. Ergänzend sollen Bedarfsanmeldungen durch die Eltern innert nützlicher Frist im Voraus verlangt werden, wie dies auch bei anderen schulischen und schulergänzenden Angeboten der Fall ist (z.B. im Schulsport). **Schliesslich ist zentral, dass die Stadt Olten für dieses wichtige Angebot die Verantwortung unmissverständlich selbst übernimmt.** Dies schliesst nicht aus, dass für die Umsetzung bewährte externe Organisationen beigezogen und beauftragt werden. Eine gesicherte ausreichende Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit fortführen oder wiederaufnehmen können und unterstützt sie dabei, Beruf und Familie zu vereinbaren. Unzureichende Kinderbetreuung verursacht hingegen nicht nur Mehrorganisation und Stress bei den betroffenen Familien, die daraus folgende geringere Ausnützung der Erwerbsmöglichkeiten hat auch geringere Steuereinnahmen für die Stadt Olten zur Folge. Die Sicherstellung von ausreichender Kinderbetreuung ist ein wichtiger Standortfaktor, sowohl für Arbeitnehmende, als auch für Unternehmen und potentielle Arbeitgebende. Investitionen in schulergänzende Betreuungsangebote sind somit eine Investition in den Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandort Olten und damit letztlich in seine Bewohnerinnen und Bewohner.»

* * *

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat ist sich der Verantwortung in Bezug auf die schulergänzende Kinderbetreuung bewusst. Entsprechend wurde die Direktion Bildung und Sport im Frühjahr 2023 beauftragt, die Grundlagen für einen städtischen Pilotbetrieb eines Tagesstrukturangebots im neuen Schulhaus Kleinholz auszuarbeiten. Eine entsprechende Vorlage wurde durch den Stadtrat am 8. Januar 2024 verabschiedet und wird an der Januar-Sitzung des Gemeindeparlaments (24. & 25. Januar 2024) durch das Parlament beraten.

Ergänzend zur Vorlage für den vierjährigen Pilotbetrieb einer Tagesstruktur im Schulhaus Kleinholz wurde durch den Stadtrat am 8. Januar 2024 die «Strategie Tagesstruktur 2024 – 2030» verabschiedet. Die Strategie sieht vor, dass bis Ende 2029/30 für 30 Prozent der Kinder der Kindergärten und Primarschule ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Gemäss der Prognose der Schülerinnen- und Schülerzahlen für das Jahr 29/30 entspricht das rund 340 Betreuungsplätzen. Aktuell gibt es in der Stadt Olten zwei private Organisationen, die ein schulergänzendes Betreuungsangebot anbieten. Sie stellen insgesamt 75 Plätze zur Verfügung. Hinzu kommt das Mittagstischangebot der Stadt Olten mit rund 70 Plätzen.

Mit der Strategie übernimmt die Stadt Olten die Verantwortung für die schulergänzende Kinderbetreuung und stellt sicher, dass in Zukunft genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch wenn die Vorteile für eine von der Stadt Olten geführte Tagesstruktur grundsätzlich überwiegen, soll die Strategie in enger Kooperation mit den bestehenden privaten Anbieterinnen und Anbietern umgesetzt werden. Einerseits leisten diese seit Jahren wichtige Arbeit für die Stadt Olten und sind bei vielen Eltern anerkannt, andererseits kann den Eltern dank einer vielfältigeren Angebotslandschaft die Wahlfreiheit garantiert werden. Gleichzeitig sind alle Akteure und Akteurinnen durch den Wettbewerb angespornt, eine qualitativ hochwertige schulergänzende Tagesbetreuung anzubieten.

Für einen flächendeckenden Ausbau, wie er im Auftrag gefordert wird, müssen in einem ersten Schritt in den nächsten Jahren die notwendige Infrastruktur und darauffolgend entsprechende Angebote geschaffen werden. Für einen flächendeckenden Ausbau der Tagesstrukturen ist es deshalb notwendig, die Strategie Tagesstrukturen 2024 bis 2030 und die Schulraumplanung gleichzuschalten. So ist dann auch in der Schulraumplanung für das Einzugsgebiet Bannfeld eine Tagesstruktur eingeplant. Die Kosten sind entsprechend im Finanzplan 2024 bis 2030 der Stadt Olten aufgenommen. Für das Bifangschulhaus und das Sälischulhaus sind im Rahmen der Finanz- und Investitionsplanung aktuell keine Entwicklungsprojekte geplant. Bis spätestens Ende 2025 ist zu definieren, wie der Bedarf an Betreuungsplätzen auf der rechten Aareseite zukünftig gedeckt werden kann.

Die «Strategie Tagesstruktur 2024 – 2030» soll durch die 2024 neu geschaffene Koordinationsstelle für Kinder-, Jugend- und Familienförderung in Zukunft laufend überprüft werden. Dazu soll spätestens ab 2025 jährlich im Rahmen eines Monitorings bei den Eltern der Bedarf an schulergänzenden Betreuungsplätzen erhoben werden.

Aufgrund der aktuellen Situation ist der vorliegende Auftrag nicht gemäss Wortlaut umsetzbar. Ein flächendeckendes Angebot kann nicht per Schuljahr 24/25 geschaffen werden. Aufgrund dessen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorschlag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Daniela Opplinger, Auftraggeberin: Danke, dass ich kurz das Wort ergreifen darf. Mein Mann und ich wohnen auf der rechten Aareseite. Unsere Kinder, wir haben Zwillinge, wurden vergangenen Sommer eingeschult. Zuvor wurden sie an zwei Tagen in der Woche in der Kita betreut. Da wir von befreundeten Familien gewusst haben, dass es mit dem Hort eng wird, haben wir sie anderthalb Jahre im Voraus, also im März 2022, im bestehenden Hort an der Reiserstrasse angemeldet. Die Hortleiterin hat uns bereits damals sofort zurückgemeldet, dass es für den Sommer 23 voraussichtlich keinen Platz hat. Und sowieso nicht an den beliebten Tagen Dienstag und Donnerstag. Ein Wechsel meiner Arbeitstage und erneute Gespräche mit der Hortleiterin im September, März, April, Mai, haben immer zur gleichen Antwort geführt. Nämlich, dass im Moment an allen Tagen kein Platz vorhanden ist und dass es vielleicht kurzfristig noch Möglichkeiten gibt. Dieser Prozess hat bei uns zu grosser Planungsunsicherheit geführt. Muss ich nun meinen Job kündigen? Und wenn ich das mache, ich habe eine Kündigungsfrist von sechs Monaten. Wie soll das Betreuungsthema in der Zwischenzeit gelöst werden? Im Gespräch mit anderen Eltern hat sich herausgestellt, dass viele die gleiche Sorge haben. Nicht wenige Mütter haben ihre Pensen im Übergang Kita – Schule drastisch gekürzt und auch ihre gutbezahlten Jobs aufgegeben. Auch wir haben unser Pensum in der Zwischenzeit um 20% gekürzt. Ich muss euch nicht sagen, dass dies auch zu weniger Steuereinnahmen führt. Mir war es ein grosses Anliegen, nicht nur über die Zustände zu jammern und untätig zuzuschauen, sondern das Problem proaktiv anzugehen. So habe ich zusammen mit meinem Mann, Timur Acemoglu, und Clemens Baschung diesen Volksauftrag auf die Beine gestellt. Wir hatten nicht viel Zeit, uns auch noch politisch zu engagieren. So haben wir diesen Volksauftrag via WhatsApp und E-Mail verteilt und innerhalb von zwei Wochen über 200 Unterschriften gesammelt. Hochgerechnet auf die Schweizer Bevölkerung wären das mehr als 90'000 Unterschriften. Wir haben sehr viele Couverts mit Unterschriften zugestellt erhalten, die Leute haben sich die Mühe genommen, diesen Volksauftrag auszudrucken, zu unterschreiben und das Porto zu bezahlen, um es uns zu senden. Es war sozusagen ein Selbstläufer. Wir mussten nicht tagelang auf der Strasse Unterschriften sammeln. Und das zeigt uns, dass wir mit diesem Anliegen nicht alleine sind und dass viele Eltern die gleichen Sorgen haben. Dazu ist zu sagen, und das ist wichtig, dass diese Unterschriften grossmehrheitlich von Eltern von der rechten Stadtseite kamen. Olten möchte eine Pendlerstadt sein. Dies haben zumindest die Plakate bei der Einfahrt mit dem Zug in den Bahnhof Olten suggeriert. Ich habe mich gefragt, ob sie nur Pendler/innen anziehen, die Single sind, oder Paare, die kinderlos sind. Eine Familie mit insgesamt 180% Beschäftigungsgrad wollte nach Olten ziehen. Nachdem sie sich über die schulergänzende Betreuung informiert hatte, hat sie entschieden, nicht nach Olten umzuziehen. Sie sind darauf nach Muri im Kanton Aargau

gezogen. Auch diese Steuereinnahmen sind Olten entgangen. Alle Gemeinden der umliegenden Kantone, und hier ist auch Baselland eingeschlossen, sind gesetzlich verpflichtet, eine jährliche Bedarfsanalyse zu machen und daraufhin genügend Plätze für die schulergänzende Betreuung zur Verfügung zu stellen. Die Ausnahme ist der Kanton Solothurn. Wenn ich an meinem Arbeitsplatz in Bern erzähle, dass ich keinen Hortplatz für meine Kinder bekomme, schauen sie mich mit grossen Augen an und fragen: «Wohnst denn du nicht in Olten? Müssen die dir dort keinen Platz garantieren?» Eine Vorreiterrolle in diesem Bereich haben wir in Olten schon längst verpasst, obwohl es in diesem Parlament schon viele Vorstösse in diese Richtung gegeben hat. Jetzt geht es darum, diesen Standard anzugleichen und aufzuholen und nicht noch länger das Schlusslicht zu sein. Die Antwort von Nils Loeffel auf diesen Volksauftrag ist für uns enttäuschend, denn sie impliziert, dass am politischen Kurs, der in Bezug auf die schulergänzende Kinderbetreuung bereits eingeschlagen ist, nichts geändert werden muss. Wir Unterzeichnenden, wir brauchen Lösungen. Und Lösungen heisst für uns genügend schulergänzende Betreuungsplätze, und dies flächendeckend. Und zwar auch an unserem Wohnort auf der rechten Stadtseite. Wir verlangen keine baulichen Veränderungen und geben uns vorübergehend auch mit Provisorien zufrieden. Aus der Antwort von Nils Loeffel geht hervor, dass unser Auftrag nicht wortgemäss umsetzbar ist. Dass es zu schnell geht. Wir Initiantinnen und Initianten lassen mit uns verhandeln. Aber: Wir wollen, dass es vorwärtsginge. Wir brauchen mehr schulergänzende Betreuungsplätze, und diese lieber gestern als heute, und schon gar nicht erst 2030. Bis dann sind nämlich unsere Kinder in der Oberstufe und wir sind nicht mehr darauf angewiesen. Man hat eine ganze Generation von Primarschülern verpasst. Wir brauchen eine Kursbeschleunigung. Und wir als betroffenen Eltern können diese Kursbeschleunigung mit unserem Volksantrag nur anstossen. Und ihr liebe Politikerinnen und Politiker, habt heute die Möglichkeit uns 200 Unterzeichnende mit unserem Anliegen ernst zu nehmen und hier und heute eine Kursbeschleunigung zu beschliessen. Danke für Ihre Unterstützung.

Stadtrat Nils Loeffel: Liebe Daniela Oppliger, danke für dein Votum. Ich danke dir und deinen Mitstreiter/innen auch fürs Einreichen dieses Volksvorschlages. Und danke auch für euer grosses Engagement in diesem Thema. Ich habe grosses Verständnis für die Situation der Familien auf der rechten Aareseite. Ich bin selber eine Familie auf der rechten Aareseite und weiss, welche Perspektiven wir Stand heute dort haben. Ich möchte festhalten, dass es für uns wichtig war, dass dieser Volksvorschlag eingereicht wurde. Wir haben nie zuvor in dieser Grössenordnung ein Statement aus der Bevölkerung erhalten, wie wichtig und wie dringend diese Betreuungsplätze geschaffen werden müssen. Es hat verschieden parlamentarische Vorstösse gegeben. Es hat in all den Jahren – noch vor meiner Zeit – aber auch viele Vorstösse gegeben, die keine Mehrheiten gefunden haben oder knapp nicht überwiesen wurden. Nichtsdestotrotz war der Volksvorschlag im vergangenen Sommer ein weiteres, wichtiges Puzzleteil, das uns in unserer Entscheidung unterstützt hat, welche der Stadtrat im Frühjahr letzten Jahres getroffen hat, nämlich, dass er im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung den Lead übernehmen will. Wir haben, wie gestern Abend verhandelt wurde, im Schulhaus Kleinholz die perfekte Möglichkeit, ein erstes, städtisches Angebot aufzubauen, welches wir dank des gestrigen Parlamentsentscheides im August 2024 endlich angehen dürfen. Parallel dazu haben wir eine Strategie Tagesstruktur entwickelt, welche aufzeigt, welcher Betreuungsplatzbedarf in der Stadt Olten gemäss dieser Berechnung bis im Jahr 2030 abgedeckt sein muss oder bestehen muss. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass diese Strategie nicht sagt, dass wir diesen Ausbau erst bis 2030 machen. Dies steht nirgends in der Strategie. Die Strategie besagt einfach, dass wir bis 2030 340 Betreuungsplätze zur Verfügung stellen wollen. Parallel dazu werden weitere Massnahmen ergriffen, und zwar auch das, was im Volksvorschlag ebenfalls gefordert wird. Es soll eine jährliche Erhebung des Bedarfs geben und entsprechend soll auch abgeschätzt werden können, ob die Strategie, die wir auf Basis der Schüler- und Schülerinnenzahlen mal skizziert haben, mit dem effektiven Bedarf übereinstimmt, oder ob es zu hoch oder zu tief angesetzt ist. Parallel dazu sind wir im engen Austausch mit den privaten Anbietenden, die aktuell auf der rechten Aareseite ein Angebot haben. Wir wissen vom Gemeinnützigen Frauenverein, dass dieser einen Ausbau seines Angebotes plant. Wir wissen auch, dass der Verein Kinderkrippe Olten schon länger einen Hort mit 20 Plätzen eröffnen möchte, was aber nicht daran scheitert, dass die Stadt

irgendetwas nicht machen würde, sondern schlicht und einfach, weil es private Anwohnerinnen und Anwohner gibt, die verhindern, dass dieses Hortangebot aufgebaut werden kann. Und ich bitte darum, dies ein Stück weit auch zu beachten, wenn es um die Geschwindigkeit dieses Ausbaus geht. Es ist einfach gesagt, irgendwo ein Provisorium aufzubauen oder die Privaten dazu zu motivieren, ein neues Angebot aufzubauen. Ganz so einfach ist es nicht. Wir sind bestrebt, so schnell wie möglich das Angebot auf der rechten Aareseite zu verbessern. Wir sind auch bestrebt, von Seiten der Stadt Olten Lösungen zu finden, wie wir als Player aktiv werden können, sollte es notwendig sein, wenn es von Seiten der Privaten nicht abgedeckt werden kann. Aber wir haben keine Chance, dies aufs Schuljahr 24/25 zu erreichen. Und das ist eigentlich auch der einzige Grund, weshalb dieser Vorschlag von unserer Seite, von Seiten des Stadtrates, als nicht erheblich erklärt wurde bzw. das Parlament gebeten wird, ihn als nicht erheblich zu erklären. Mir wäre es ein Dorn im Auge, würden wir vom Stadtraten sagen, erklärt den Vorschlag als erheblich, wenn wir von vorherin wissen, dass wir ihn nicht erfüllen können, wie er eingereicht wurde. Ich bin aber, wie gesagt, überzeugt, dass es höchste Eisenbahn ist, dass die Stadt Olten bei diesem Thema eine Rolle übernimmt und nun endlich aktiv wird, und sich aktiv darum bemüht, dass diese Betreuungsplätze ausgebaut werden. Es ist mir persönlich, aber auch dem Gesamtstadtrat, ein grosses Anliegen, dass dieses Angebot schnell ausgebaut werden kann und dass der Bedarf auch so schnell wie möglich abgedeckt werden kann. Dafür brauchen wir aber mit Sicherheit noch ein paar Monate Zeit, um, wie gesagt, mit den privaten Anbietenden einen Weg zu finden, um gerade auf der rechten Aareseite die Situation lösen zu können. Selbstverständlich können wir auch damit leben, wenn der Vorschlag für erheblich erklärt wird. Wir werden einfach, wie gesagt, das Schuljahr 24/25 nicht erfüllen können.

Anna-LeaENZler, Fraktion SP/JSP: Danke, Daniela Oppliger, für diesen Auftrag und das Votum. Die Situation ist wirklich prekär, eben gerade auf der rechten Aareseite. Das weiss ich nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern auch aus Gesprächen mit vielen anderen Eltern. Auch ich finde, dass es heutzutage in einer Stadt eigentlich eine Basisinfrastruktur wäre. In der Antwort schreibt der Stadtrat Nils Loeffel folgendes: «Mit der Strategie übernimmt die Stadt Olten die Verantwortung für die schulergänzende Kinderbetreuung und stellt sicher, dass in Zukunft genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.» Wir begrüssen diese Stossrichtung natürlich sehr, Nils, und dass generell überhaupt mal etwas geht in dieser Sache. Dies nehmen wir auch gerne zur Kenntnis. Und der Stadtrat ist sich seiner Verantwortung jetzt offenbar bewusstgeworden, ich persönlich habe jedenfalls diesen Eindruck, und das ist auch sehr wichtig und nötig. Damit hat die Stadt eigentlich den ersten Teil des Volksauftrags bereits erfüllt. Den zweiten Teil jedoch eher nicht. Denn dass damit sichergestellt ist, dass genügend Betreuungsplätze vorhanden sind, ist doch anzuzweifeln. Es wird ja selber gesagt, dass erst 2030 30% aller Kindergarten- und Primarschulkinder definitiv einen Platz haben. Dies heisst im Endeffekt, dass eben nicht alle Kinder, die einen Platz brauchen, bzw. alle Eltern, die einen brauchen, sicher auch einen haben. Denn man stellt sie ja nicht nach Bedarf zur Verfügung und das ist unseres Erachtens nicht der richtige Weg. Ein gutes Angebot braucht aus unserer Sicht eine regelmässige Anmelde-möglichkeit bzw. eben ein Angebot nach Bedarf. Warum denn hier nicht? Dies fordert ja sowohl dieser als auch der Auftrag von Claudia und mir. Wir sind für diesen Vorschlag, trotz des nicht realistischen Zeitrahmens. Denn wir wollen, dass der Druck aufrechterhalten bleibt und das Thema immer wieder ins Parlament kommt. Dass dies nötig ist, sieht man auch am superlangsamen Fahrplan des Stadtrates und der jahrelangen Untätigkeit bis jetzt, obwohl man sich der Problematik bewusst war. Es war halt einfach nicht wichtig genug und es ist offenbar zu wenig Druck von aussen gekommen. Und sind wir ehrlich: Bis jetzt hat es den Stadtrat nicht so fest interessiert, wie der zeitliche Fahrplan von solchen Aufträgen ist. Dieses Anliegen liegt ja seit irgendwie 20 Jahren auf dem Tisch. Und nun dauert es noch einmal sechs Jahre, bis dann erstmal 30% Tagesstruktur sichergestellt sind. Das ist schon ein bisschen langsam und auch nicht ganz das, was man sich wünscht. Und von Ferienbetreuung war hier auch nicht viel die Rede. Aber eben, lange Rede, kurzer Sinn: Wir stimmen diesem Volksauftrag zu.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Ein Dankeschön auch von unserer Seite an Frau Oppliger und die Elterngruppe für diesen Vorstoss. Einige von uns haben diesen auch mit-

unterzeichnet. Wir teilen natürlich die Einschätzung der Votanten und begrüßen diese Forderungen auch. Es wird in der Begründung sehr gut zusammengefasst, dass politisch schon sehr viel gelaufen ist. Nun liegt aber für die schulergänzende Kinderbetreuung eine Strategie vor und die Stadt wird mit ihrem Angebot auch ihr Engagement ausbauen. Und wie gestern schon gesagt: Wir freuen uns wirklich darauf. Nichtsdestotrotz, Anna hat es auch noch einmal ausgeführt, ist die Situation für jene Familien, die jetzt Kinder im schulpflichtigen Alter haben, einfach sehr schwierig. Und Daniela hat es auch noch einmal sehr treffend beschrieben. Der Übertritt vom ersten Kind ins schulpflichtige Alter, also in den Kindergarten ist ein kritischer Moment und man weiss, dass dann sehr viele Eltern, meistens die Frauen, den Job aufgeben. Davon bin ich persönlich übrigens auch betroffen. Das ist ein ziemlich einschneidender Moment, wenn man merkt, dass man es einfach nicht hinkriegt. Vor allem wenn man zuvor eigentlich im Bewusstsein aufgewachsen ist, dass wir heute in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben. Es bleibt aktuell eben noch offen, wie das Betreuungsangebot auf der rechten Aareseite aussehen kann, weil wir im Bifang und Säli im Moment keine Investitionen geplant haben. Wir freuen uns aber, dass sich der Stadtrat mit dieser Strategie bekennt, diesen Ausbau vorzunehmen. Auch wenn es nur bis Ende 29/30 ist für mindestens 30% der Kinder. Und das Ziel in der Strategie ist es, bis Ende 25 zu definieren, wie der Bedarf auf unserer Stadtseite gedeckt werden kann. Wie schon gestern gesagt, empfehlen wir sehr, dass diese Zielvorgaben das absolute Minimum sein müssen und das Angebot einfach flexibel der Nachfrage angepasst werden muss. In Bern oder anderen Städten haben wir eine sogenannte Platzgarantie. Das heisst, dass man das Recht dazu hat, dass das Kind in den Tagesstrukturen betreut werden kann. Wir unterstützen daher auch den Vorschlag, dass man die Planung und die Umsetzung zu beschleunigen versucht. Nils, du hast ja auch gesagt, dass du dies in den nächsten Monaten versuchen wirst. Sechs Jahre ist eine ganze Generation, dies hat Daniela sehr treffend ausgeführt. Und deswegen werden wir den Volkauftrag inhaltlich unterstützen, wenn wir ihn heute Abend noch anpassen sollten. Vielleicht können wir ja die Jahreszahl rausnehmen oder etwas nach hinten verschieben, vielleicht kannst du, Nils, ein Angebot machen, bis wann eine Umsetzung möglich wäre, und dann könnten wir diesem Auftrag auch zustimmen. Und sonst würden wir uns enthalten.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich kann keinen Vorschlag machen, bis wann es realistisch ist. Ich weiss es schlicht und einfach nicht. Darum müssen wir diese Planung angehen und die Diskussionen mit den privaten Anbietenden führen. Wenn man jedoch die Jahreszahl aus dem Vorschlag rausnimmt, dann können wir es umsetzen und dann habt ihr mein Versprechen, dass wir es so schnell wie möglich machen wollen. Aber wenn ich nun irgendeine andere Jahreszahl sage, die dann auch nicht eingehalten werden kann, würde ich euch auch etwas vorgaukeln.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Gemäss Geschäftsordnung dürfen die Auftraggeber das Geschäft anpassen. Das heisst, wenn ihr möchtet, dürft ihr die Jahreszahl rausnehmen oder eine andere Jahreszahl einfügen. Ich gebe dir gerne noch einmal das Wort, um Stellung zu nehmen.

Daniel Oppliger: In diesem Fall würden wir die Jahreszahl rausnehmen und dafür aber auch das Versprechen annehmen, dass es möglichst schnell vorwärtsgeht. Das ist total in unserem Sinn. Wir sehen selber ein, dass es aufs Schuljahr 24/25 ein bisschen zu sportlich war.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Nach dieser Änderung konnten wir uns jetzt natürlich nicht mehr absprechen. Die SVP Stadt Olten bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Frage. Sie bedankt sich auch bei den Einreicher/innen des Vorschlags. Wir sehen die Schwierigkeiten und die unbefriedigende Situation für die Familien. Mit dem Start des jetzigen Pilotprojekts ist die Stadt Olten unserer Meinung nach auf einem sehr guten Weg. Wir wollen dies nicht kleinreden. Will man eine professionelle und qualitativ gute Betreuung aufstellen, kann man es unmöglich in dieser Zeit machen. Wir haben zuvor darüber diskutiert, dass man es in dieser Zeit nicht aus dem Boden stampfen kann. Es muss möglich sein, Erfahrungen zu machen, den Bedarf abzuklären und Lehren daraus zu ziehen. Je nach Bedarf, wir haben es gestern gehört, kann das Angebot angepasst werden. Und hier vertraue ich auf Nils, weil er auch von der rechten Aareseite kommt. Das ist für mich ein grosses Argument. Die anderen

haben diese Probleme nicht so auf dem Radar. Ich denke, er wird alles daransetzen, dass dieses Angebot angepasst werden kann. Was mir noch durch den Kopf gegangen ist: Wenn der Bedarf so hoch ist, und das glaube ich den Einreichenden des Vorschlags, müsste man wohl langsam an Tagesschulen herum-studieren. Ich glaube, das wäre dann wirklich fast einfacher zu organisieren. Man müsste dann auch nicht mehr schauen, wer möchte und wer nicht möchte. Sondern man hätte einfach eine Tagesschule. Wir haben abgemacht, dass wir der Empfehlung des Stadtrates folgen. Und werden für nicht erheblich stimmen. Ich bin zwar, in Anbetracht der Änderung, nicht ganz sicher.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch wir danken für diesen Auftrag, der ein doch sehr wichtiges Thema aufnimmt. Wir haben es heute und gestern immer wieder gehört. Es gibt dringenden Handlungsbedarf und der Stadtrat sieht dies ja selber auch. Und es gibt ganz viele Punkte in diesem Auftrag, welche unsere, aber auch andere Fraktionen, unterstützen. Wir hoffen alle auf eine rasche Umsetzung, auch bei der neuen Strategie. Wir müssen uns noch einmal vor Augen halten: Innerhalb von zwei Wochen wurden haupt-sächlich auf der rechten Stadtseite 200 Unterschriften gesammelt. Dies zeigt doch exemplarisch auf, wie wichtig der Handlungsbedarf ist. Die Initianten reklamieren völlig zurecht, dass der eingeschlagene Weg, der mit dieser Strategie aufgezeigt wurde, langsam ist. Die Leute auf der rechten Stadtseite, zu denen auch ich gehöre, haben das Problem jetzt und hätten am liebsten bereits gestern eine Lösung gehabt. Dass bis 2030 30% der Plätze vorhanden sein sollen, ist eine gute Strategie, so kann es vorwärtsgehen. Aber das, was bis jetzt aufgezeigt wurde, wir haben es gestern und heute gehört, sind die konkreten Pläne fürs Kleinholz und Bannfeld. Aber auf der rechten Stadtseite muss man erst noch planen, schauen, Absprachen treffen. Und danach muss die ganze Strategie noch mit dem Raumplanungskonzept zusammenfinden. Da kann locker noch eine längere Zeit vergehen, man kann gut auch von Jahren sprechen. Und es ist auch gut, dass man es macht. Man soll und darf es so machen, weil man den Paradigmenwechsel angestossen hat und dieser muss gründlich vorbereitet sein, damit man es gut und richtig umsetzen kann. Aber der Punkt ist, dass es eben nicht reicht. Denn es muss ja schneller gehen. Der Bedarf ist akut. Wir hatten bis jetzt mit der schriftlichen Beantwortung das Gefühl, dass der Willen zur raschen Umsetzung fehlt. Nun hast du es heute mündlich noch einmal etwas anders ausgedrückt. Ich habe das Gefühl, der Willen ist da. Aber was uns ein bisschen fehlt, ist, dass man neben der Strategie schaut, wie man etwas Schnelleres auslösen kann. Etwas gleichzeitig prüfen also provisorische Übergangssituation. So, bis diese Strategie reift. Es gibt ganz spontan zwei, drei Möglichkeiten, die vielleicht auch noch anschauen könnte. Die Friedenskirche ist leer, hat verschiedene Räumlichkeiten und ist zwischen zwei Schulhäusern perfekt gelegen. Vielleicht ist dies eine Möglichkeit, dass man etwas findet. Dass man die Kinder dort reinbringt. Es muss ja nicht so sein, dass man für eine schnelle Lösung sofort gerade beim Schulhaus etwas suchen muss. Eine andere Möglichkeit ist eine Containeranlage auf den Pausenplatz zu stellen, wenn es wirklich beim Schulhaus sein muss und nicht die Räumlichkeiten dazu hat. Das sind Ideen, die bei einer Diskussion aufgekommen sind, ohne, dass sie weiter hinterfragt wurden. Wir hätten uns eine Antwort gewünscht, die etwas mehr in die Richtung zielt, die aufzeigt, ob man parallel zur Strategie etwas machen kann. Oder wie man es anstellen kann, dass die Strategie so schnell wie möglich ausgelöst und umgesetzt wird. Aber man muss der Fairness halber auch sagen, dass dieser Auftrag einen ganz grossen Kritikpunkt hatte. Das ist die Jahreszahl 24/25. Die Mühlen im Stadtrat und in der Politik sind halt nicht so schnell, wie man es sich gerne wünschte. Dadurch, dass man dies angepasst und so aufgenommen hat, können wir sagen, dass wir eigentlich als ganze Fraktion dahinterstehen. Wir werden es als erheblich erklären. Wir haben zuvor nicht gestritten, aber wir haben diskutiert, wie man es annehmen soll. Denn es ist ein sehr wichtiges Anliegen, man soll Druck aufbauen, man soll zeigen, dass es wichtig ist. Aber gewisse hatten ein Problem mit der Umsetzung. Dadurch, dass die Jahreszahl nun weggenommen wurde, können wir alle problemlos dahinterstehen.

Simone Sager, Fraktion FDP: Wir bedanken uns bei den Verfasserinnen und Verfassern für die Beantwortung des vorliegenden Volksauftrags. Wir verstehen das Anliegen und die Problematik der rechten Stadtseite und können diese definitiv nachvollziehen. Der Ball Seite Stadt rollt wohl offensichtlich zu langsam, vor allem für Familien, die jetzt Betreuung brauchen.

Aber etwas aus dem Hut ziehen kann leider auch der Stadtrat nicht. Nachdem wir gestern der ersten Strategie zugestimmt haben, vertrauen wir dem Stadtrat auch in dieser Angelegenheit, dass er baldmöglichst eine Lösung präsentieren kann. Wir lehnen den Antrag des Stadtrats, den Auftrag als nichterheblich zu erklären, ab. Sollte er von einer Mehrheit erheblich erklärt werden, stellen wir aber gleichzeitig den Antrag, dass er abgeschrieben wird.

Laura Schöni, Fraktion OJ: An erster Stelle möchten wir Ihnen, Frau Oppliger, und Ihren Mitunterzeichnenden für Ihr Engagement danken. Ihr habt dazu beigetragen, dass es in der Stadt Olten mit der schulergänzenden Tagesbetreuung endlich vorwärtsgeht. Wir möchten an dieser Stelle auch Nils merci sagen. Denn seit du in der Bispo bist, geht es mit der Tagesbetreuung endlich vorwärts. Es gab zuvor immer wieder Vorstösse, die in diese Richtung gingen, aber nun geht endlich etwas. Wir unterstützen deine Arbeit und die Arbeit jener, welche zum Thema schulergänzende Tagesstruktur die Vorstösse eingereicht haben und wir unterstützen die Strategie Tagesstruktur. Wir haben uns zu Beginn am zeitlichen Faktor gestört. Dieser ist mit dem Änderungsantrag nun weg. Wir sind froh, dass wir uns jetzt nicht mehr enthalten müssen, sondern können diesem Vorschlag zustimmen. Tagesschulen fänden wir auch eine megaspannende Idee. Danke Ursula, dass du diese Idee schon mal in den Raum geworfen hast.

Stadtrat Nils Loeffel: Besten Dank. Ich erlaube mir noch einmal etwas zu sagen. Merci, Manfred, für deine Ausführungen. Das sind selbstverständlich Überlegungen, die wir uns im Moment auch machen. Wir möchten daran erinnern, dass unter anderem eure Fraktion gerade im September noch gefunden hat, dass wir unter keinen Umständen die privaten Anbietenden zu fest angreifen und zu fest in die Ecke stellen dürfen. Ich möchte es wirklich noch einmal festhalten: Auf der rechten Aareseite haben wir im Moment private Anbietende, die aktiv sind. Dort haben wir das Versprechen deponiert, dass wir mit ihnen zusammen schauen, wie wir die Situation auf der rechten Aareseiten verbessern können, in welchem Tempo wer wie viele Plätze ausbauen kann. Und das braucht nun noch etwas Zeit. Selbstverständlich bin ich aber, und hier habe ich bestimmt auch die Rückendeckung vom Stadtrat, bereit, in irgendeiner Form Provisorien aufzubauen, wenn dies notwendig sein sollte oder wir zu diesem Punkt kommen sollten. Ich wollte mich davor hüten, jetzt in dieser Beantwortung bereits irgendwelche Provisorien zu skizzieren. Einfach nicht, dass danach falsche Erwartungen geweckt werden, dass wir heute und morgen die Friedenkirche übernehmen, die Stand heute nicht uns gehört und auch nicht zur Miete ausgeschrieben ist, und dort ein Tagesstrukturangebot aufbauen. Ich möchte mich auch bei Frau Oppliger für die Anpassung des Vorschlags bedanken. Ich kann gut damit leben, wenn wir es so überweisen und ich möchte noch einmal festhalten, dass ich der Überzeugung bin, dass wir richtig unterwegs sind, dass wir Tempo aufgenommen haben, dass wir Tempo aufnehmen mussten. Wir möchten aber auch sagen, dass es, glaube ich, nicht möglich ist, in ein, zwei Jahren Versäumnisse, und das habe ich gestern bereits gesagt, von dreissig Jahren wettzumachen. Wir brauchen jetzt noch ein bisschen Atem und Geduld, auch wenn es schwierig ist, insbesondere für die direkt Betroffenen. Aber ich bin überzeugt, dass wir in der Stadt Olten an einen Punkt kommen, wo wir ein flächendeckendes Angebot haben und allen einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen können.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Ich möchte nur kurz ergänzen: Der partnerschaftliche Austausch ist wichtig und diesen haben wir immer befürwortet. Und die ganzen Diskussionen, die man hatte, rührten vielleicht eben auch daher, dass man zu wenig miteinander gesprochen hat. Das war nicht nur im letzten Jahr so. Beispiele haben es exemplarisch aufgezeigt, es war schon länger der Fall, dass man leider zu wenig miteinander gesprochen hat. Auch der Prozess dieser Umfrage, bei welcher ja Manuela Höfler selber einen Anstoss dazu gegeben hat, hat ja ewig gedauert. Es ist leider einfach so. Aber ich finde es schön nun zu hören, dass der Stadtrat auch verschiedene Varianten prüft. Ich denke, man muss hier auch offen sein. Mir selber ist eine weitere Idee aus der Diskussion gestern gekommen, als wir uns die Frage stellten, wie gut der Pilot im Kleinholz im ersten Jahr ausgelastet sein wird. Und ich finde es unbedingt wichtig, dass man hier frühzeitig agiert, also keine Zeit verliert, und Umfragen macht. Und sonst, wenn dieser nicht ausgelastet ist, müsste man doch irgendeine Lösung finden, dass man durch Transport, wie man es bei Kindergärten machen konnte, die Kinder von der einen

auf die andere Aareseite bringt, sollte das Kleinholz leer oder halbleer sein, und man so auffüllen könnte. Dass man so irgendwelche Möglichkeiten findet, wenn Bedarf auf der rechten Aareseite besteht. Das würde ich sehr begrüßen.

Luisa Segessenmann (SP): Ich möchte mich auch noch persönlich bei den Initianten und Initiantinnen für diesen Auftrag bedanken. Ich möchte noch einmal in Manfreds Kerbe schlagen, dass ich es sehr begrüßen würde, wenn sich der Stadtrat im Verlauf des Jahres darum bemühte, sich nach Provisorien umzuschauen und vielleicht auf das Schuljahr 25/26 sogar ein mögliches Provisorium umsetzen könnte. Denn es wäre mega cool, wenn dies nicht erst 2030 passierte.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag erheblich erklärt.

Beschluss

Mit 25 : 13 Stimmen wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 38

Auftrag Anna-LeaENZler und Claudia Schmid-Weber (SP/JSP) betr. Mittagstisch und schulergänzende Betreuung für Kindergarten- und Schulkinder ausbauen/Beantwortung

Am 25. Mai 2023 haben Anna-LeaENZler und Claudia Schmid-Weber (SP/JSP) folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Wir bitten den Stadtrat, nach Bedarf bzw. Nachfrage für Kindergarten- und Schulkinder in Olten, einen betreuten Mittagstisch sowie weitere schulergänzende Betreuung anzubieten.

Begründung:

Sowohl ein Mittagstisch als auch eine Betreuung zu Randzeiten tragen im Rahmen der anzustrebenden schulischen Tagesstrukturen wesentlich dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Gerade für alleinerziehende Elternteile sowie Eltern, die auf zwei Einkommen angewiesen sind, stellt die Betreuung der Kinder über den Mittag, zu Randzeiten oder bei Ausfällen von Schullektionen eine grosse Herausforderung dar. Mit einem flächendeckenden, flexiblen und städtisch organisierten Angebot wird das heute existierende Flickwerk übersichtlich und vereinheitlicht.

Die im Auftrag der Stadt Olten von der Fachhochschule Nordwestschweiz durchgeführte Elternbefragung 2022 zeigt, dass die Mehrheit der befragten Eltern genau das braucht: Ein Betreuungsangebot zu Randzeiten, Mittagstische inkl. Nachmittagsbetreuung und Angebote in den Schulferien. Wichtig dabei ist, dass möglichst alles an einem Ort angeboten wird, damit gerade die Kleinsten keine langen Wege auf sich nehmen müssen. Der lancierte Volksauftrag zum Thema nimmt die gleichen Anliegen und Bedürfnisse der Oltnen Familien auf.

Der Mittagstisch soll von qualifiziertem Personal betreut werden und insbesondere eine ausgewogene und saisonale Ernährung sicherstellen; ein wichtiger Beitrag für die Gesundheit mit positiver Wirkung auf das Wachstum und die Entwicklung. Ein gutes Verhältnis zu Lebensmitteln ist ein wichtiger Faktor für langfristige Gesundheit und körperliches und psychisches Wohlbefinden. Die in der Kindheit entwickelten Essgewohnheiten bilden die Grundlage für die späteren Gewohnheiten und haben einen grossen Einfluss auf das Essverhalten in der Jugend und im Erwachsenenalter. (Quelle:

https://gesundheitsfoerderung.ch/sites/default/files/2022-11/Bericht_008_GFCH_2022-11-Gesundheitsförderung%20für%20und%20mit%20Kindern.pdf)

Die Betreuung eines ausserschulischen Betreuungsangebots kann städtisch geführt werden oder auch an private Anbieter*innen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnismässigkeit vergeben werden. Im Zuge der Chancengleichheit ist es wichtig, dass der Zugang für alle Kinder gewährleistet ist und die Kosten einkommensabhängig sind. Die Angebote am frühen Morgen sowie die Nachmittagsbetreuung können mit einer Hausaufgabenhilfe und sinnvoller Freizeitbeschäftigung (Spiele, Bewegung, Förderung der Kreativität, etc.) kombiniert werden. Auch hier gilt der Grundsatz: Die Zugänglichkeit muss finanziell und geografisch gewährleistet sein. Die Nähe zu den Bildungsinstituten ist zwingend. Alle Angebote sollen flexibel von Quartal zu Quartal gebucht werden können. Für die Bereitstellung der schulergänzenden Betreuung bietet sich eine jährliche Evaluation des tatsächlichen Bedarfs an.

Wir sind davon überzeugt, dass ein solches Angebot einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Eltern in

Olten leistet und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv erleichtert.

* * *

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt die in der Begründung aufgeführten Argumente. Verschiedene Studien und die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre in der deutschsprachigen Schweiz zeigen, dass von schulischen Betreuungsangeboten sowohl die Kinder, deren Familien wie auch die Gemeinde und die Gesellschaft profitieren.

Kinder, vor allem Einzelkinder und Kinder aus einkommensschwachen, bildungsfernen oder belasteten Familien, werden individuell in ihrem Bildungsverlauf gefördert und lernen sich in einem pädagogisch geführten Betreuungsangebot in eine soziale Gruppe zu integrieren. Die öffentliche Hand verbessert dadurch die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder.

Dank einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden Erziehungsberechtigte entlastet. Die Stressbelastung sinkt und das Familieneinkommen steigt. Gleichzeitig zahlen sich die Investitionen in die schulergänzende Betreuung auch gesellschaftlich aus. In Zeiten des Fachkräftemangels profitiert die Wirtschaft von der erhöhten Berufstätigkeit der Frauen mit Kindern. Infolgedessen steigt das Steueraufkommen zugunsten der Gemeinde und der Gesellschaft.

Die Nachfrage steigt stetig. Private Anbieter und Anbieterinnen führen Wartelisten, da sie nicht alle Kinder aufnehmen können. Zudem haben im Sommer 2023 rund 200 Eltern einen Volksauftrag beim Stadtrat eingereicht, um auf das fehlende schulische Betreuungsangebot aufmerksam zu machen. Sie fordern darin ein Betreuungsangebot, dass an die familienergänzende Betreuung im Vorschulbereich anschliesst.

Auf der Grundlage der im Auftrag erwähnten Elternbefragung aus dem Sommer 2022 hat der Stadtrat im Mai 2023 die Direktion Bildung und Sport beauftragt, die Grundlagen für einen Pilotbetrieb einer städtischen Tagesstruktur im neuen Schulhaus Kleinholz auszuarbeiten. Eine entsprechende Vorlage wurde durch den Stadtrat am 8. Januar 2024 verabschiedet und wird an der Januar-Sitzung des Gemeindeparlaments (24. & 25. Januar 2024) durch das Parlament beraten.

Ergänzend zur Vorlage für den vierjährigen Pilotbetrieb einer Tagesstruktur im Schulhaus Kleinholz wurde durch den Stadtrat am 8. Januar 2024 die «Strategie Tagesstruktur 2024 – 2030» verabschiedet. Die Strategie sieht vor, dass bis Ende 2029/30 für 30 Prozent der Kinder der Kindergärten und Primarschule ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Gemäss der Prognose der Schülerinnen- und Schülerzahlen für das Jahr 29/30 entspricht das rund 340 Betreuungsplätzen. Aktuell gibt es in der Stadt Olten zwei private Organisationen, die ein schulergänzendes Betreuungsangebot anbieten. Sie stellen insgesamt 75 Plätze zur Verfügung. Hinzu kommt das Mittagstischangebot der Stadt Olten mit rund 70 Plätzen.

Für das Einzugsgebiet der einzelnen Primarschulstandorte bedeutet das, dass bis ins Jahr 29/30 folgende Anzahl Betreuungsplätze zur Verfügung stehen müssen:

| Standort | Bedarf SJ 29/30 | Angebot SJ 24/25 | Differenz |
|------------------|------------------------|-------------------------|------------------|
| Bannfeld | 82 | 25 | 57 |
| Kleinholz | 70 | 55* | 15 |
| Bifang | 71 | 35** | 36 |
| Säli | 120 | 0 | 120 |
| Total | 343 | 115 | 228 |

* Das neue Angebot im Schulhaus Kleinholz ist bereits eingerechnet / ** Das Hortangebot des Gemeinnützigen Frauenvereins Olten an der Reiserstrasse in Olten steht SuS der beiden Standorte Bifang und Säli zur Verfügung.

Auch wenn die Vorteile für eine von der Stadt Olten geführte Tagesstruktur grundsätzlich überwiegen, soll die Strategie in enger Kooperation mit den bestehenden privaten Anbieterinnen und Anbietern umgesetzt werden. Einerseits leisten diese seit Jahren wichtige Arbeit für die Stadt Olten und sind bei vielen Eltern anerkannt, andererseits kann den Eltern dank einer vielfältigeren Angebotslandschaft die Wahlfreiheit garantiert werden. Gleichzeitig sind alle Akteure und Akteurinnen durch den Wettbewerb angespornt, eine qualitativ hochwertige schulergänzende Tagesbetreuung anzubieten.

Der Ausbau des städtischen Tagesstrukturangebots soll zudem mit der Schulraumplanung koordiniert werden. Entsprechend ist es der Stadt nicht möglich, innerhalb des Zeitraums der Strategie alle notwendigen Betreuungsplätze selber zu schaffen. Die Strategie sieht entsprechend vor, dass bis Ende 2025 geklärt ist, wie die entsprechenden Betreuungsplätze geschaffen werden können. Diese Klärung soll in Zusammenarbeit mit den privaten Anbieterinnen und Anbietern erfolgen.

Die Strategie soll durch die 2024 neu geschaffene Koordinationsstelle für Kinder-, Jugend- und Familienförderung in Zukunft laufend überprüft werden. Dazu soll spätestens ab 2025 jährlich im Rahmen eines Monitorings bei den Eltern der Bedarf an schulergänzenden Betreuungsplätzen erhoben werden.

Gestützt auf die hiervor dargestellten Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag als erheblich zu erklären und aufgrund der bereits laufenden Entwicklung direkt abzuschreiben.

- - - -

Anna-Lea Enzler, Auftraggeberin: Ja, hier geht es um ähnliches wie zuvor und es wurde bereits viel gesagt. Die Antwort von Nils zeigt sicher auf, dass sich der Stadtrat des Themas bewusst ist, sich diesem annimmt und bereits viele Massnahmen umsetzt. Das begrüssen wir natürlich sehr und die Stossrichtung finden wir fantastisch. Ich gebe dir, Nils, ein imaginäres «High Five», dass du hier so Gas gegeben hast. Trotzdem, es ist einfach zu langsam und zu wenig. Ausserdem fokussiert diese Strategie eben sehr auf die linke Aareseite, was auch schon gesagt wurde. Zuerst Kleinholz, danach Bannfeld. Und Manfred hat es schon gesagt: Weshalb nicht flächendeckend bei allen Schulhäusern beginnen? Ich weiss, es wurde bereits gestern und gerade zuvor diskutiert, trotzdem muss eine Lösung gesucht werden, welche einen schnelleren Fahrplan ermöglicht. Daher sehen wir unseren Auftrag nicht als umgesetzt an, denn wir fordern ja einen Betreuungsplatz für jedes Kind, das nach Bedarf einen braucht. Und ohne Druck für die Eltern, dass sie keinen Platz haben, wenn sie einen bräuchten, sondern, dass auf Nachfrage auch ein Angebot eines Hortplatzes und Mittagstischplatzes zur Verfügung steht. Darum stimmen wir auch hier erheblich und gegen das Abschreiben. Gegen die Abschreibung sind wir, weil es nicht ganz umgesetzt ist und auch, damit das Thema auf dem Radar bleibt.

Stadtrat Nils Loeffel: Vieles habe ich bereits beim Volksvorschlag gesagt. Ich wiederhole mich nicht, ihr habt meine Voten gehört, was die rechte Aareseite betrifft. Ich möchte nicht, dass wir den ganzen Abend linke und rechte Aareseite gegeneinander ausspielen. Auch die linke Aareseite hat Anspruch auf Betreuungsplätze und es ist gut, dass wir auch dort eine Entwicklung vorantreiben. Es ist sogar perfekt, dass wir dort bereits wissen, wie die Entwicklung plus-minus aussieht und wo wir Räumlichkeiten bauen können. Ich möchte nicht, dass es immer so wirkt, als ob die linke Aareseite in diesem Zusammenhang bevorzugt würde. Ja, wir haben hier die Beantwortung des Stadtrats auf Erheblicherklärung und Abschreibung. Erheblich erklären, weil wir das Anliegen wirklich ernst nehmen und auch richtig und wichtig finden. Abschreiben, weil wir der Meinung sind, dass wir die Entwicklung, so wie der Vorstoss formuliert ist, eigentlich bereits erfüllen. Aber wie zuvor erwähnt, kann ich auch hier damit leben, wenn es nicht abgeschrieben wird. Für mich sind es wichtige Signale, wenn das Parlament mit einer solchen Deutlichkeit wie zuvor eine Beschleunigung dieses Prozesses verlangt. Damit habe ich dann auch andere Möglichkeiten es voranzutreiben.

Simon Sager, Fraktion FDP: Ich mache es kurz und bündig. Wir haben keine Ergänzungen zu den Beantwortungen des Stadtrates. Wir werden hier zustimmen und den Antrag stellen, sollte es eine Mehrheit geben, den Auftrag gleichzeitig abzuschreiben.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Wir machen es auch kurz. Wir werden diesen Auftrag ebenfalls unterstützen. Ihr kennt unsere Position. Und wir werden gegen das Abschreiben stimmen.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Merci euch beiden für euren Auftrag. Auch dieser hat wesentlich dazu beigetragen, dass es endlich vorwärtsgeht. Und wenig erstaunlich werden wir ebenfalls für erheblich und nicht abschreiben stimmen.

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Wir schliessen uns gerne der Begründung des Stadtrates an. Gestern haben wir das Pilotprojekt für die städtische Tagesstruktur im neuen Schulhaus Kleinholz genehmigt und in diesem Sinn auch einen ersten Schritt von dem, was der Vorstoss fordert, initiiert. Wir hoffen und sind guten Mutes, dass dieses Projekt erfolgreich sein wird und einen Teil zur Gesamtlösung beisteuern kann. Uns ist es wichtig zu erwähnen, dass man den Weg zusammen mit privaten Anbieterinnen und Anbietern gehen sollte, um das gemeinsame Ziel erreichen zu können. Aber die enge Zusammenarbeit wurde bereits an der gestrigen Sitzung noch einmal bejaht und bekräftigt, was wir dankend zur Kenntnis genommen haben. In diesem Sinn werden wir dem Stadtrat folgen und den Auftrag erheblich erklären und anschliessend für die Abschreibung stimmen.

Muriel Jeisy, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch wir können es kurz machen. Wir durften zu diesem Thema schon viel reden. Auch wir danken den Initiantinnen für diesen Auftrag, welche das Thema noch einmal offiziell aufs Tapet bringen und wir werden, wie es Anna gesagt hat, diesem folgen, da wir auch möchten, dass es nicht gleich abgeschrieben wird, weil wir erst noch ein bisschen konkretere Vorhaben und Ergebnisse und Daten sehen möchten.

Beschluss

Einstimmig wird der Auftrag erheblich erklärt.

Beschluss

Mit 25 : 13 Stimmen wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 39

Überparteilicher Auftrag Fraktionen SP/JSP und GO/JGO betr. Stationen fürs Pumpen, Flicken und Laden von Fahrrädern im Stadtgebiet prüfen/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 21. Juni 2023 wurde ein Vorstoss der Fraktion SP/Junge SP und Grüne/Junge Grüne mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wo im Stadtgebiet Stationen, welche das Pumpen, Flicken, Unterhalten und Laden von Fahrrädern ermöglichen, Sinn machen und gebeten, diese dort zu erstellen und zu unterhalten.

Begründung:

Alle Solothurner Energiestädte, mit Ausnahme von Olten, haben seit 2021 öffentliche Velopumpstationen sowie an einzelnen Standorten auch Tool-Boards mit den wichtigsten Velowerkzeugen von Swiss Tools installiert. Dieser Service Public leistet einen wichtigen Beitrag an die Veloinfrastruktur der Städte. Die Rückmeldungen in den umliegenden Energiestädten waren durchwegs positiv: Das Angebot ist auf grosses Interesse gestossen und die Installationen haben sich bewährt.

Wie der Rangliste des Prix-Velo zu entnehmen ist, erreichte Olten im Jahr 2021 im Vergleich mit anderen Schweizer Kleinstädten die Tiefstnote in Sachen Velofreundlichkeit, es besteht folglich dringender Handlungsbedarf. Dieser Auftrag hat selbstverständlich nicht den Anspruch das Problem der fehlenden Velofreundlichkeit der Stadt Olten eigenhändig zu beheben, sondern stellt lediglich ein Schritt in Richtung Verbesserung dar.

Der Verein «Pumtrack» im Kleinholz hat bereits positive Erfahrungen mit dem Schweizer Anbieter «Bikesolutions» und dessen Modell «Urban Fix Standard» gemacht, welches es Oltner:innen ermöglicht ihr Velo «on the go» zu warten, kleine Reparaturen vorzunehmen und zu pumpen. «Bikesolutions» bietet aber auch andere Modelle an, bspw. E-Bike Ladestationen, welche insbesondere auch für Velotourist:innen auf der Durchreise sowie Pendler:innen in und um Olten gelegen kommen würde, da es aktuell keine öffentlichen Ladestationen in Olten gibt.

Der Kauf von bspw. fünf «Urban Fix Standards» und zwei E-Ladestationen würde gemäss Offerte von «Bikesolutions» einmalig Fr. 34'210.00 exkl. jährlichen Unterhaltskosten und anfänglicher Installation kosten. Denkbar sind selbstverständlich auch andere Modelle und Anbieter:innen.

Als mögliche geeignete Standorte können wir uns bspw. die folgenden vorstellen:

- Klosterplatz (entlang offizieller Veloroute Schweizmobil! sichtbar in blau)
- Bahnhof (hätte bereits Stromanschluss für eine E-Bike Station)
- Schöngrund
- Bifangquartier
- Säliquartier
- Meierhof»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Frage, ob auch die Stadt Olten Velopumpen und Reparaturstationen öffentlich zur Verfügung stellen soll, wurde in der Vergangenheit anlässlich der Budgetdebatte im November 2022 im Parlament diskutiert.

Begründet wird dieses Anliegen – in diesem Auftrag ergänzt mit dem Wunsch nach öffentlichen E-Bike-Ladestationen – mit der Einordnung als Service Public und als wichtiger Beitrag an die Veloinfrastruktur einer Stadt. Ferner sei es ein Schritt, wenn auch ein kleiner, zur Verbesserung der fehlenden Velofreundlichkeit der Stadt Olten.

Vorgeschlagen sind fünf Standorte mit Veloservice-Angebot (Velopumpe, Werkzeuge, Haltevorrichtungen) und zwei E-Bike-Ladestationen. Neben der Beschaffung gilt es auch die Installationskosten sowie Unterhaltsaufwand aufzuzeigen. Infrastruktur im öffentlichen Raum hat einen hohen Unterhaltsbedarf. Die Betreuung von diesen Standorten bedingt daher auch personelle Ressourcen. Das Gemeindeparlament wird im Rahmen des ordentlichen Budgets über allfällige Beschaffungs- und Betriebskosten entscheiden.

Der Stadtrat ist bereit, den Auftrag zur Überprüfung einer solchen Installation anzunehmen, und beantragt aus diesen Gründen, diesen erheblich zu erklären.

- - - -

Luisa Segessenmann, Auftraggeber: Wir danken dem Stadtrat für die klare Stellungnahme betreffend diesen Antrag für Velopumpen, Reparaturstationen und Ladestationen in unserer Stadt. Die vorgeschlagenen Massnahmen können einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Velofreundlichkeit und zur Verbesserung der Veloinfrastruktur in Olten leisten. Es ist erfreulich zu sehen, dass der Stadtrat die Bedeutung dieses Projekts, als einen kleinen, aber wichtigen Schritt zur Verbesserung unserer fehlenden Velofreundlichkeit anerkennt. Eine gutausgebaute Veloinfrastruktur erhöht die Attraktivität des Velofahrens als eine umweltfreundliche und gesunde Fortbewegungsmöglichkeit und trägt so zur Reduzierung von Verkehrsemissionen bei. Die Installation von E-Bike-Ladestationen ist nicht nur für die Einheimischen von Vorteil, sondern auch für die Touristen und Pendler/innen, die Olten besuchen oder passieren. Was auch eine positive Wirkung auf das Gewerbe haben kann. Die Veloservice-Punkte schaffen Orte der Begegnung und fördern das Gemeinschaftsgefühl, indem sie Menschen zusammenbringen, die ihre Liebe zum Velofahren teilen und ihre Verfügbarkeit unterstützt Menschen dabei, ihr Velo regelmässig zu nutzen. Die Schaffung der Veloservice-Punkte sendet eine klare Botschaft aus, dass sich Olten für eine nachhaltige und velofreundliche Stadtentwicklung einsetzt und hat so auch einen positiven Effekt auf das Image unserer Stadt bezüglich Lebensqualität und auch auf unsere Anziehungskraft für neue Bewohnerinnen und Bewohner und auch für Unternehmen. Wir bitten euch daher, diesen Auftrag als erheblich zu erklären und die Förderung und die Schaffung einer fahrradfreundlichen Infrastruktur im Einklang mit aktuellen Trends anderer Energiestädte wäre ein wichtiger Schritt in die Richtung einer verbesserten Velofreundlichkeit.

Stadträtin Marion Rauber: Der Stadtrat nimmt diesen Prüfungsauftrag gerne entgegen. Es ist sicher wichtig, dass diese Standortfrage sorgfältig abgeklärt wird und auch, welche Produkte sich für den öffentlichen Raum eignen. Es ist nicht ganz so, wie es in der Begründung des Auftrages geschrieben ist, nämlich, dass der Verein Pumptrack durchaus positive Erfahrungen mit gewissen Produkten gemacht hat. Es zeigt sich viel mehr eine ausserordentlich hohe Abnutzung im Bereich der Federhydraulik und auch von den Pumpen. Wie mir auch bestätigt wurde, sind eine regelmässige Wartung und häufige Reparaturarbeiten eigentlich unumgänglich bei solchen Stationen. Wenn die Velostationen einem noch breiteren Publikum als jetzt im Pumptrack zugänglich sind, wird der Aufwand entsprechend auch steigen. Wir werden diese Abklärungen jedoch gerne treffen und dies sorgfältig prüfen, welches Produkt und wo es sich für unsere Stadt eignen würde.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Unsere Fraktion kann sich fast vollständig dem Votum von Luisa Segessenmann anschliessen. Vielen Dank. Wir sind sehr erfreut, ist der Stadtrat parat, die Installation von Velostationen auf dem Stadtgebiet an geeigneten Stellen zu prüfen. Für eine Verkehrswende in der Stadt hin zu effizientem, sicherem und praktischem Velo- und Fussverkehr ist die richtige Infrastruktur unabdinglich. Bezüglich Kosten: Natürlich kostet eine solche öffentliche Infrastruktur genauso Geld, wie Strassenunterhalt, Grünflächen oder ein Krematorium. Aber das wiegt den Gewinn an Attraktivität für Oltner und auswärtige Velofahrende längstens auf. In diesem Sinn ist der Bedarf für uns sonnenklar ausgewiesen, wir werden geschlossen für den Prüfauftrag stimmen und freuen uns auf eine entsprechende Behandlung im ordentlichen Budget.

Heinz Eng, Fraktion FDP: Bei diesem Prüfauftrag handelt es sich wahrscheinlich nicht um die Mutter aller Aufträge oder Vorstösse. Dieser Auftrag kommt aus dem links-grünen Lager und es verwundert auch nicht, dass der linke Stadtrat sofort auf diesen Schlitten oder dieses Velo aufgesprungen ist und hier in einem vorausseilenden Gehorsam gesagt hat, wir müssen ihn erheblich erklären. Aber für die rundum Wohlfühloase, für diese Velofahrer und dann eben auch die E-Bikes, die ja eigentlich nichts anderes sind als leichte Motorfahräder, müssen wir, glaube ich, schon noch etwas genauer hinschauen und diesen ganzen Prüfauftrag etwas splitten. Worum geht es? Wir sind ja Velofahrer. Wir in der Familie haben vier Velos. Wir alle hatten schon einmal eine Panne. Sei es, dass keine Luft mehr im Pneu war, ein «Ahti», ein Felgenbruch usw. Und dann, in erster Linie, sorgt man sich selber darum. Auch die Kinder, die haben eine gewisse Verantwortung und wissen, okay, entweder habe ich irgendwo eine kleine Pumpe zum aufpumpen oder ich stosse das Velo nachhause und schaue dann, was ist. Und hier will man wieder die ganze Verantwortung an den Staat abgeben. Der Staat muss schauen, dass jedes Velo geflickt wird. Aber man kann es selber machen. Marion hat zuvor gesagt, diese Stationen müssen unterhalten werden usw. Stellt euch vor, dort hat es Hämmer, Schraubenschlüssel usw. Vandalismus. Stellt euch vor, wenn diese nicht eingeschlossen sind und sie nachts jemand nimmt, dann ist schnell mal etwas in der Scheibe. Zudem ist es auch so, dass jene, die ein Velo haben – und das ist ein Tip unter Velofahrern – können ja auch Autoventile an den Velofelgen montieren. So könnt ihr an jeder Tankstelle usw. tanken gehen und so weiter und so fort. So viel zum Ganzen «Veloflicken-Zeugs», das hier propagiert wird. Dann noch etwas anderes: Im Perimeter der Stadt Olten hat es vier Velowerkstätte. Eine habe ich jetzt gar nicht genannt. Und das ist deren Job. Das sind Idealisten, das sind Arbeiter, diese verdienen gerne einmal ein paar Franken, wenn wir mit unseren Velos, die geflickt werden müssen, bevor die Hobbybastler ans Werk gehen, zu ihnen gehen. Also, ich selber mache praktisch nichts an meinem Velo. Ich gehe in die Velowerkstatt oder zu einem «Dings», der das professionell flickt. Es kostet dann etwas, klar. Ich weiss dann auch, dass es gemacht ist. Und das im Perimeter der Stadt Olten. Dann wurde angetönt, dass es eben, je nachdem, ein Vorteil usw. ist. Wenn man dann schon von Flickstätten und Werkstätten spricht, und was weiss ich nicht, was: Wo passieren diese Unfälle oder die entsprechenden Schäden? Die passieren doch meistens oben auf der Frohbürg oder auf dem Sälischlössli, auf der Belchenfluh und was weiss ich nicht, was alles. Und wenn man denn schon etwas machen will, dann müsste man es dort oben machen. Aber sicher nicht im urbanen Gebiet. Das ist dazu zu sagen. Und dann muss man es effektiv ein bisschen auseinanderhalten. Einerseits spricht man von den Velos, andererseits spricht man von den leichten Motorfahrädern, welche Ladestationen sind. Also, gegen diese Ladestationen kann man ja gar nichts haben. Aber es braucht hier auch keinen grossen Entscheid dieses Parlaments, ich glaube, dies kann der Stadtrat selber machen. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass man es bei Parkplätzen, die man für Ladestationen für die Autos aufgehoben hat, im Parlament gross besprochen hätte. Da könnt ihr an jeden entsprechenden Veloabstellplatz eine Voltbox hinstellen, am Bahnhof usw. und dann kann man die dort laden. Dies ist von mir aus gesehen sicher begrüßenswert, aber eben, es braucht diese ganze Geschichte nicht. Die FDP-Fraktion ist aus diesen Gründen und aus Gründen der Gleichbehandlung... Stellt euch vor, ein Autofahrer sagt: «Ja gut, wenn die Velos die rundum Wohlfühloase haben, was sie alles selber flicken können, dann möchte ich auch gerne einen Parkplatz oder einen Raum daneben, wo ich den Ölwechsel machen kann, wo ich die Kerze wechseln kann usw.» Also, da muss man schon sehen, wo hier Anfang

und Ende bei solchen Sachen sind. Vielleicht gibt es dann noch andere Verkehrsteilnehmer. Und wie es Marion auch sagt, es braucht Platz. Ja, wo wollt ihr diesen Platz hernehmen? Von den Parkplätzen in der Innenstadt? Wo dann das Gewerbe und die Betriebe wieder entsprechend weniger haben und damit noch weniger in die Stadt kommen zum Einkaufen. Oder auf den Trottoirs, Bäume fällen, was weiss ich nicht, was alles. Da sind wir gerade beim richtigen Thema. Also, das braucht dann schon noch eine gewisse Separierung dieser ganzen Geschichte und daher wird die Fraktion FDP dies geschlossen als nicht erheblich erklären. Was gemacht werden muss: Voltbox, E-Bike usw. ist kein Problem. Das kann der Stadtrat selber machen und den Rest, den braucht es effektiv nicht. Und sicher nicht im urbanen Gebiet, auf einem Stadtgebiet, wo man nachher mit so Hobbybastler-Aktionen das Gewerbe, die Velowerkstätte und so weiter konkurrenziert.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Aller guten Dinge sind drei, gell Thomi, jetzt rede ich noch ein drittes Mal heute Abend. Eine Stadtteilverbindung wird nicht realistischer und wir haben noch einiges vor uns, was die Velofreundlichkeit in unserer Stadt betrifft. Aber mit diesem Vorstoss kann man ein kleines Bisschen unser ramponiertes Velofreundlichkeitsimage aufpolieren. Wir unterstützen diesen Prüfauftrag und finden die Idee gut. Wir hoffen natürlich, dass dann der Stadtrat bei der Prüfung ebenfalls zu diesem Schluss kommt und dass es zum Fliegen kommt. Was wir uns vorstellen können, ist, dass beim Unterhalt vielleicht eine Kooperation mit Velofachgeschäften in der Stadt eingegangen werden könnte. Vielleicht liesse sich diesbezüglich etwas machen. Und, Heinz, mein Velomech würde mich auslachen, ginge ich nur zum Pumpen immer bei ihm vorbei.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: In Olten ist es so, dass einem alles abgenommen werden soll. Auch das, was gar nicht Aufgabe der öffentlichen Verwaltung ist. Wir finden es eine schöne Idee. Wir stellen uns einfach die Frage, ob wir dann fünf Littering-Stationen mehr auf Oltnen Boden haben, und wer dort für Ordnung sorgen soll. Ist es der Werkhof, der heute schon, wie wir immer wieder hören, und auch nachvollziehen können, mit seinen vielen Aufgaben an Grenzen stösst? Oder werden wir über Nacht alle zu sorgfältigen Nutzern von öffentlichem Gut? Heinz hat es uns zuvor zwar abgesprochen. Wer ein Velo fährt, hat in der Regel auch Werkzeug dabei. Entweder zuhause oder er hat einen guten Velohändler an der Hand. Pumpen kann ich an der Tankstelle. Oder, so wie ich: Sollte ich mein Velo je selber pumpen müssen, ist das für mich ein Scheidungsgrund. Und mein Mann weiss das. Das ist bei uns ganz klar geregelt. Wir werden aus diesen Gründen, also nicht aus dem letzten Grund, zu diesem Vorschlag nein sagen.

Muriel Jeisy, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Die Meinungen sind in unserer Fraktion zu diesem Auftrag unterschiedlich und daher auch das Abstimmungsverhalten. Einig sind wir uns, dass es mit Sicherheit bessere oder wichtigere Anliegen gibt, wie zum Beispiel sichere Veloverbindungen. Diese sind nun hier nicht das Thema, sondern dann hoffentlich im Masterplan Velo, auf welchen ja von Seiten des Stadtrates schon häufig verwiesen wurde und wir immer gespannter darauf werden. Es handelt sich hier um einen Prüfauftrag und so sehen wir solche Stationen sinnvollerweise hauptsächlich entlang der Veloroute im Bereich Amtshausquai – Klosterplatz. Dort könnten auch Nutzung und Akzeptanz einer allfälligen Ausweitung getestet werden. Eine Station in jedem Quartier als Service Public sehen wir nicht. Es wäre im Übrigen auch ein Angebot, das durch Private, Olten Tourismus oder sbo/a.en geschaffen werden könnte. Oder, wie es gerade entlang von Velorouten auch innovativ von einzelnen Gastrobetrieben in anderen Ortschaften gemacht wird. Für ortsansässige sind wir der Meinung, dass es effektiv auch genügend Velogeschäfte hier in der Stadt Olten gibt.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Ich muss mit ein paar Misskonzeptionen aufräumen bezüglich der Velowohlfühloase Olten. Den Velomasterplan haben wir ja, und bei allen Umfragen für ein Rating der Stadt Olten als Velostadt im Vergleich, kann man wirklich nicht sagen, dass wir eine Wohlfühlvelostadt sind. Auch die neuesten Strassenbauausweitungen zeigen, dass wir auch hier nicht gerade die optimalen und velopriorisierenden Verbindungen geschaffen haben. Gleichzeitig haben wir vor einigen Jahren ein Mobilitätskonzept verabschiedet, welches eigentlich will, dass wir Anreize schaffen, um auf den Fuss- und Veloverkehr umzusatteln und

den motorisierten Individualverkehr eher zu plafonieren. Wir wollen die Leute eigentlich dazu bringen, dass wir langsamer und nicht motorisiert durch die Stadt gehen. Wie sieht nun eine solche Velowerkstatt aus, die man vielleicht hat? Heinz, du musst dir nicht vorstellen, dass es dort noch drei Mitarbeiter vom Werkhof hat, die dir dein Velo flicken und dann haben wir noch einen Stellenschlüssel. Es ist mehr oder weniger eine angekettete Velopumpi, und du kannst dort vorbeifahren und gleich noch pumpen. Also, nichts anderes als das, was eine Tankstelle auch anbietet. Also, dass man dort quasi staatlich finanzierte Leute hat, die darauf warten, alle unserer Velos auf Vordermann zu bringen, ist sicher nicht die Idee und sicher nicht die Umsetzung. Es hat einen Schraubenschlüssel, Pumpen, vielleicht einen Galgen. Ich weiss nicht, ob wir alle dies in der Garage haben. Vielleicht gibt es auch Leute, die haben gar keine Garage. Und dann ist es gäbig, wenn es irgendwo angekettet einen Schraubenschlüssel hat, den man benutzen kann. Das ist eigentlich die Idee. Und das, doch, das gehört meinem Verständnis nach schon zu einem ausgebauten Service Public. Es kann Staatsverständnis sein, dass man sagt, gut, du kannst die Pumpe nicht nachhause nehmen, das ist nicht deine, aber es hat eine, die wir alle brauchen dürfen. Es ist praktisch. Vielen Dank auch an Ursula Rüegg. Der Werkhof stösst an seine Grenzen. Ich habe heute einen Vorstoss im Umlauf gesehen, dass ihr die Kartonsammlung ausbauen wollt. Finde ich gut. Es gibt eine Lösung dazu: Wir müssen dann wohl den Personalschlüssel jeweils anpassen, wenn wir möchten, dass der Werkhof noch mehr Aufgaben übernimmt. Wer sonst soll es machen? Diese Pumpe, ja, sie kann kaputtgehen, dann muss man sie wechseln, das gehört mit Sicherheit in die Baudirektion. Ja, wir wollen Verantwortung, dass Kinder nachhause gehen, ihre Velos selber flicken. Gleichzeitig wollen wir, dass aber auch diese Velowerkstätte die komplizierteren Reparaturen machen wollen. Und es ist so: Velowerkstätten halten sich mit Reparaturen über Wasser. Neue Velos verkaufen, das wissen wir, ist eigentlich kein sehr margenertragreiches Geschäft. Also, unbedingt: Bringt eure Velos in die Velowerkstatt zur Reparatur. Aber um sie rasch zu Pumpen oder etwas anzuziehen, den Sattel zu richten, dafür wäre eben eine solche Kleinwerkstätte, die man einrichten würde, die einmal ein bisschen etwas kostet und für welche man vielleicht mal den Schlüsselsatz ersetzen muss. Das wäre die Idee. Aber sicher nicht eine Werkstatt, die personell noch besetzt ist.

Denise Spirig (OJ): Ich möchte nur ganz kurz etwas zu Heinz ergänzen. Es ist durchaus so, dass ich eine solche Velopumpstation hier in Olten nicht brauchen werde. Ich meine, ich kann das Velo nachhause nehmen. Ich habe dort Werkzeug, ich habe dort eine Pumpe und ich kann es zum Mech bringen, wenn es wirklich kaputt ist. Aber weisst du, wo ich es wirklich brauche? Fast wöchentlich? In Luzern. Denn dort habe ich auch ein Bahnhofvelo. In Luzern habe ich kein Werkzeug, ich habe keine Pumpe. Zum Pumpen beispielsweise habe ich es immer zum Mech gebracht, bis ich einen Zusammenschiss bekam und er gesagt hat, ich soll nicht immer wegen solchem Quatsch zu ihm kommen, ich soll es mal richtig flicken. Und dort ist es wirklich sehr praktisch. Und wenn ich jetzt zum Beispiel in Olten am frühen Morgen an den Bahnhof fahre, hat es dort bereits sehr viele Velos. Das sind auch Leute, die hierher pendeln. Keine Ahnung, die vielleicht im Spital arbeiten und hier ein Bahnhofvelo haben. Diese kommen mir auf der Brücke entgegen. Und gerade für diese Leute ist es auch etwas sehr, sehr praktisches und es trägt auch zur Sicherheit bei, weil dann nicht alle mit halbkaputten Velos herumfahren, wenn man es einfach schnell selber machen kann.

Vivek Sharma (OJ): Ich möchte ganz kurz etwas dazu sagen. Laura hat dazu schon etwas gesagt. Es ist ja nicht die Idee, dass die Stadt das volle Angebot aufbauen muss, wie es Luc zuvor auch gesagt hat. Vielleicht kommt der Stadtrat in seiner Überlegung dazu, dass es besser klappen würde in Partnerschaft mit den vier Velogeschäften auf dem Stadtperimeter, wenn ich es richtig gehört habe. Ich habe übrigens in vielen Städten, ich glaube auch in Luzern, solche Pumpstationen, wo man selber das Velo pumpen kann, gesehen. In Bern, aber nicht nur in den links-grün versifften Städten, wie gewissen Leute sagen würden, sondern auch in manch kleinem Kaff. Als ich vor zwanzig Jahren in die Schweiz kam, habe ich gestaunt, als ich vor einem Velogeschäft eine solche öffentliche Pump- und Flickstation gesehen habe und manchmal sogar nicht vor dem Velogeschäft. Und das war im Fall nicht in Bern oder Zürich, sondern in Burgdorf, Münsingen, in Belp. Die hatten das bereits vor zwanzig Jahren und ich glaube, das hat sich gut bewährt. Ich frage mich, warum es ein Problem sein soll bei uns. Ich

sage euch allen: Stimmt zu. Das ist ein ganz, ganz, ganz kleiner Mikroschritt in Richtung ein bisschen mehr Velofreundlichkeit. Wenn wir nicht einmal zu kleinen Schritten bereit sind, dann können wir die grossen einfach vergessen.

Timo Probst (JSP): Ja, Heinz, ich bin natürlich grundsätzlich nicht deiner Meinung bei deinem Votum. Aber eine Aussage habe ich von dir als Bürgerrat doch bemerkenswert gefunden. Und das ist das Anbieten von Flickstationen auf den Bergen rund um uns herum. Und ich freue mich bereits darauf, wenn wir uns mal treffen können und zusammen auf einen Biketrail gehen können und uns inklusive Flickwerk auf den Born kämpfen.

Luisa Segessenmann (SP): Ich möchte nur noch schnell betonen, dass dies keine wilde, unglaublich krasse Idee ist, sondern, dass wir ungefähr die letzte Stadt in unserem Kanton sind, die solche Velopumpen noch nicht hat. Und zum andern möchte ich gerne anekdotisch etwas erzählen. Beispielsweise bei uns im Bifang, als wir die Veloprüfung hatten, sind ganz viele Kinder zum ersten Mal mit einem Velo gefahren. Das bedeutet, dass ganz viele Haushalte zuhause das kleine Werkzeug wie Pumpe oder etwas, um ein Schräubchen anzuziehen usw., nicht haben. Und genau solchen Kindern kann der Zugang gewährt werden, dass man solche Sachen lernen kann. Das hilft einem auch, um im Leben selbständiger zu werden. Solch kleine Sachen, denke ich, können mega wertvoll sein, für Kinder, die das zuhause nicht haben.

Marc Winistörfer (SVP): Ich staune wirklich, wenn ich hier den ganzen Voten zuhöre, was hier diskutiert wird. Erstens sehe ich es nicht. Wo ist der Mehrwert, wenn die Stadt so etwas anbietet? Und wo ist die Notwendigkeit? Dass wir für die Velos Probleme haben, ist unbestritten. Dass es nicht sicher ist, hören wir hier in fast in jeder Sitzung und es ist auch von mir nicht bestritten, dass wir diesbezüglich wirklich Probleme haben. Dass wir keine gute Verbindung von der linken auf die rechte Stadtseite haben, ist auch unbestritten. Aber wir reden hier über irgendwelche Flickwerkzeugstellen, Reparaturplätze. Dann, wenn man den Vorstoss liest, steht dort die Zahl von CHF 34'210, was die exklusiv jährlichen Unterhaltskosten sein sollen. Also, Luc, es ist eine Anschaffung eine Pumpe an einer Kette. Also, für CHF 34'210 kannst du relativ viele Pumpen an einer Kette kaufen. Auch die Diskussion, von wegen, die Leute hätten zuhause keine Werkzeuge, womit man den Sattel anziehen oder das Velo pumpen könne. Also, Sattel anziehen kannst du mit einem Inbusschlüssel. Ich würde sagen, die meisten Leute, die mal ein IKEA-Regal gekauft haben, oder von einem anderen, konkurrierenden Unternehmen, haben eine solchen Inbusschlüssel, denn dieser ist dabei. Der Zugang zu Werkzeug ist nichts, das nur die privilegierte Elite im Schöngrundquartier hat. Theoretisch, wenn man es denn möchte, hätte das jeder in der Stadt Olten. Heinz wurde für sein Votum ein bisschen hochgenommen, aber ich finde seinen Kritikpunkt, dass es in der Stadt wahrscheinlich der völlig falsche Ort ist, Standorte zu schaffen, um Velos zu flicken, absolut berechtigt. Ich meine, jeder, der mal ein bisschen weitergefahren ist, als nur bis zum Bahnhof, der weiss, wo die Defekte passieren. Und das ist in der Regel nicht an der Citykreuzung, sondern irgendwo draussen im Kakao, wo man grösste Mühe hat, um an seinem Rennvelo den Pneu zu wechseln. Dort ist es mühsam. Auch hier gäbe es durch diesen Vorstoss keine Verbesserung. Es würde mich nun doch noch interessieren, da es die Stadtregierung befürwortet: Wo ist das Erfordernis, dass man diesem zustimmt? Wir haben hervorragende Velowerkstätte. Auch die anderen, konkurrierenden natürlich, die nicht «Velowerkstatt» heissen, die, meiner Meinung nach, genau dafür da sind. Wenn du einen Platten hast, die Sattelstütze klemmt, oder so, kannst du dorthin gehen, und dann gibst du ihnen dafür Geld. Denn es ist eine Dienstleistung, welche diese Leute erbringen und es ist auch fair, dass man diese zahlt. Ich bin wirklich sehr erstaunt, worüber wir hier diskutieren. Und, Laura, falls du mal eine Velopumpe brauchst, du bist meine Nachbarin, komm vorbei, ich leihe dir meine gerne aus.

Stadträtin Marion Rauber: Ja, geschätzter Marc, ich kann dir schon die ganzen Vorteile sagen. Ich sehe den Vorteil dort, dass unsere Stadt an der nationalen Veloroute liegt. Ich habe euch, ich glaube, in der letzten Parlamentssitzung, einen Plan von Olten Tourismus auf den Tisch gelegt, welcher neu herauskam. Er zeigt die Velorouten rund um Olten und ich denke, es könnte durchaus ein Standortvorteil sein, jemand eine solche «Tour de Suisse» mit dem

Velo und nach Olten kommt, wenn wir solche Stationen hätten. Wir wurden tatsächlich schon darauf angesprochen, ob wir irgendwo Pumpstationen hätten, weil es diese tatsächlich, wie es Luisa gesagt hat, überall gibt. Ich würde nun wirklich vorschlagen, dass ihr uns das abklären lässt. Ich finde, man muss sorgfältig abklären, wo braucht es diese. Braucht es eine? Braucht es sieben? Und das Parlament wird dann natürlich über allfällige Beschaffung und Betriebskosten im Budgetrahmen dazu ja oder nein sagen. Ich sähe durchaus einen Standortvorteil als Velostadt.

Christian Ginsig (GLP): Dank für das Wort von der Baudirektorin. Vielleicht gäbe es auch einen pragmatischen Mittelweg. Man kann ja einfach mal an einem Ort etwas probieren. Und ich bin auch froh um das Votum. Ich glaube, es geht ja nicht um Oltnerinnen und Oltner, die eine Garage haben und ihren Velomech noch namentlich kennen und per du sind. Es geht um Leute, die bei uns vorbeifahren. Eben, diese Veloroute ist sicher ein Thema. Wir haben gestern Abend über den Klosterplatz abgestimmt, dass dort sehr viele Velos «durchdüsen». Also, wieso soll man dies nicht dort pragmatische ausprobieren? Noch rasch zum Votum von Heinz Eng: Sälschlössli und Belchenfluh sind halt auf Starrkich-Wil-Boden und Hägendorfer Boden. Ich möchte mich wirklich auf Olten konzentrieren. Probieren wir es doch hier in Olten an dieser nationalen Veloroute, damit die Velos auch versorgt sind, so, wie die Autos Tankstellen haben. Und dann noch eine kleine Bitte an die Stadtregierung: Wir haben am Bahnhof Olten eine super Velostation an der Tannwaldstrasse. Diese Velopumpe dort unten ist einfach ständig abmontiert. Wir haben dort hunderte von Oltnerinnen und Oltner, die dies dort täglich auch nutzen könnten. Ist nicht zugänglich. Dies einfach noch an dieser Stelle. Eben, es geht ein bisschen um pragmatische Ansätze beim Ganzen. Lasst es uns doch mal im Kleinen testen.

Martin Räber (GO): Ich glaube, es ist auch eine Frage der Sicherheit, dass ein Velo gut gewartet ist, die Schrauben festsitzen und der Reifen auch nicht platt ist. Häufig fahre ich oben bei uns los und merke, wenn ich schon halb unten bin, ich habe einen halben Platten. Das ist nicht ganz ungefährlich. Aber dann ist es zu spät, denn ich muss auf den Zug und weg und ich kann nicht mehr umkehren und nachhause gehen, um zu pumpen. Dann wäre ich natürlich froh, ich hätte irgendwo die Möglichkeit, um pumpen zu gehen. Und ich vielleicht gleich noch einen Schraubenschlüssel zur Hand hätte, weil ich gemerkt habe, die Bremse ist auch noch etwas locker, die könnte ich noch anziehen. Es ist eine Sicherheitsfrage. Aber ich hätte einen Vorschlag, wie man vielleicht für die Umsetzung einen Mittelweg finden könnte. Weshalb könnte man nicht versuchen, die bestehenden Velohändler, welche ja diese Gerätschaften haben, dafür zu gewinnen, dass sie eine Art partnerschaftliche Kooperation eingehen, indem sie die Pumpe gratis zur Verfügung stellten und allenfalls auch Werkzeuge? Und vielleicht sogar noch einen Ratschlag geben könnten? Der Nutzen für sie wäre: Sie hätten Leute vor Ort, die kämen, potentielle Kunden, die vielleicht auch etwas machen liessen. Sie könnten vielleicht auch mal einen Tipp geben. Und die Stadt könnte sie dafür in einem geringen Mass entschädigen. Das wäre vermutlich günstiger als einen solchen Posten anzuschaffen. Dies einfach als Teil der Lösung. Wahrscheinlich reicht das nicht, um fünf, sechs Standorte abzudecken, aber es sind doch meines Wissens etwa drei Velohändler in Olten, welche man vielleicht dafür gewinnen könnte. Einfach als Vorschlag für die Umsetzung, welcher das Gewerbe inkludiert und diese auch noch einen Nutzen daraus ziehen können.

Beat Bachmann (EVP): Es gibt immer mehr Leute, die mit E-Bikes unterwegs sind und Touren machen. Und eine solche E-Bike-Ladestation ist vermutlich etwas teurer als eine Pumpe und es braucht ja dann auch Zeit zum Laden, was wiederum für Olten eine Chance ist, da die Leute dann etwas konsumieren und dies unsere Wirtschaft fördert. Ich denke, Velowerkstätten können geschlossen sein und dann sind Leute froh, wenn es eine solche Station gibt, wo sie ihr Velo neu einrichten können.

Heinz Eng (FDP): Nur ganz kurz. Ich habe es ja in meinem Votum gesagt: Gegen Ladestationen für leichte Motorfahräder hat niemand etwas. Und Beat, an einem solchen leichten Motorfahrrad, einem E-Bike, machst du gar nichts. Da reicht eine Ladestation. Denn alles andere gehört in fachmännische Hände. Und sonst ist der Motor nachher defekt. Das muss man auch sehen. Und wirklich, diese Ladestationen, okay, das ist eine Aufwertung. Aber eben,

daneben noch diese Oasen zum «päschele» und pumpen... Und dann noch etwas. Es gibt kleine Pumpen. Diese Kosten zwischen CHF 30 und 35 und passen in jeden Rucksack, in jede Tasche, sollte man irgendwann mal ein bisschen Luft brauchen.

Marc Winistörfer (SVP): Ich möchte zuerst Beat replizieren. Das stimmt. Bei E-Bikes braucht man bestimmt etwas mehr Infrastruktur, um es zu laden. Aber dort sehe ich, dass die a.en/sbo möglicherweise einen interessanten Businesscase hätte. Wir wissen, dass sie daran sind, ihr Geschäftsmodell umzubauen. Und, so wie ich es mir vorstelle, werden in Zukunft bestimmt mehr Ladestationen für E-Autos zur Verfügung gestellt. Und gerade für sie wäre das ein interessanter Businesscase. Aber dafür müssen wir nicht diesem Vorstoss zustimmen, dass es die Stadt machen muss, sondern ich gehe davon aus, dass sie es selber irgendwann mal merken.

Luc Nünlist (SP): Nur ganz kurz. Ich finde den Punkt von Denise wirklich wichtig. Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie es im täglichen Betrieb aussieht. Es sind Leute, die in Olten ankommen. Am frühen Morgen. Die Velowerkstatt hat vielleicht noch nicht geöffnet und sie brauchen wirklich nur ganz einfachen Support. Und der Tourismus, der nationale Verkehr. Die nationale Route wurde genannt. Eine. Olten liegt an drei nationalen Velorouten, nämlich die Routen drei, fünf und acht. Also, wir sind eigentlich im Kern. Das hat auch damit zu tun, dass wir hier der Ausgangspunkt von Veloland Schweiz sind. Es wurde übrigens hier in Olten erfunden. Da ist Velotourismus durchaus ein Thema.

Beschluss

Mit 23 : 15 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 40

Auftrag Matthias Borner (SVP) und MU betr. Schutz vor Diebstählen bei der Garderobe des Leichtathletikstadions Kleinholz/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 21. Juni 2023 wurde ein Vorstoss von Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnenden mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird dazu aufgefordert, wirkungsvolle Massnahmen gegen die Diebstähle bei den Garderoben des Stadions Kleinholz zu ergreifen.

Begründung:

Bei der Präsidentenkonferenz der IG Sport wurde das dringende Anliegen geäussert, beim Leichtathletikstadion Kleinholz etwas gegen die anhaltenden Diebstähle zu tun. Es werden nicht nur Wertsache gestohlen, sondern auch Kleider und Schuhe. Das Problem ist, dass die Garderoben leicht zugänglich sind und der Trakt aufgrund der Grösse sehr unübersichtlich ist. Es gibt keine Möglichkeiten die Kleider oder Wertsachen in irgendeiner Form zu verwahren. An einem normalen Trainingsabend sind dort bis zu 200 Personen auf der Anlage Kleinholz anwesend. Dies ist für den Ruf der Stadt sehr schlecht, wurden auch schon fürs Spiel nach Olten angereiste Teams ausgeraubt. Ein anderes Problem sind auch die Randalen von Personen, die nicht zum Trainingsbetrieb dazugehören. Der Stadtrat wird aufgefordert Massnahmen aufzuzeigen, damit die Vereine sich auf ihre Trainings konzentrieren können und nicht ständig ein Auge auf die Garderoben richten müssen.»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Auf der Sportanlage Kleinholz, exkl. Stadthalle, trainieren täglich durchschnittlich ca. 13 Mannschaften. Der Trainingsstart ist in der Regel um 17.00 Uhr. Diese hohe Auslastung trägt dazu bei, dass viel Betrieb auf der Anlage vorhanden ist und nicht jeder jeden kennt.

Bei der Kantonspolizei wurde im letzten Jahr ein Vorfall am 8. Oktober 2022 im Leichtathletikstadion mit acht Geschädigten gemeldet. Beim Diebesgut handelte es sich um Kleider, Geld und Mobilfunkgeräte. Seither wurde kein Vorfall mehr registriert.

Zum Schutz des Eigentums sind an diesem Ort folgende Massnahmen möglich:

- Die Mannschaften nehmen ihre Sachen zum Spielfeld mit.
- In den Garderoben werden abschliessbare Kästchen installiert.
- Es wird ein elektronisches Schliess-System installiert.
- Es wird eine Überwachung mit Videokameras erstellt.

Aufgrund der geringen Anzahl an Vorfällen und den hohen Kosten der baulichen Massnahmen (Schliesssystem, Möbel) sowie dem personellen und rechtlichen Aufwand für eine Videoüberwachung sollen in erster Priorität die Nutzer/-innen für die Situation sensibilisiert werden. Sollte es zu Wiederholungsfällen kommen, sollen weitere Massnahmen geprüft werden.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Stadtrat diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Matthias Borner, Auftraggeber: Das Problem mit den Garderoben im Kleinholz wurde an der Generalversammlung der IG Sport adressiert. Wie wir vom Stadtrat gelesen haben, sind es dort pro Abend 13 Mannschaften, die jeweils dort trainieren und es ist klar, dass das nicht immer ganz so übersichtlich ist. In der heutigen Zeit gehören auf solchen Anlagen Schliesssysteme einfach zum guten Ruf und zum Sicherheitsbewusstsein. Wenn Gästeteams nach Olten kommen, gibt dies eine sehr schlechte Visitenkarte ab, wenn es heisst: «Wenn du nach Olten gehst, musst du alles, was irgendwie an Wert hat oder gestohlen werden könnte, entweder zuhause lassen oder ständig mit dir mittragen.» Das ist insbesondere für einen OL-Läufer nicht so einfach. Ich selber war auch einmal Opfer und es war völlig sinnlos. Man hat mir den Autoschlüssel geklaut, aber das Auto war noch dort. Ich musste dann halt einfach nachhause laufen. Ich will damit sagen, es kommt vor, es ist sehr ärgerlich. Ich habe es auch nicht zur Anzeige gebracht. So ein Autoschlüssel kostet genau CHF 200 und das entspricht dem Selbstbehalt. Und daher machen die meisten auch keine Anzeige. Was wird geklaut? Hosen, Trainingsachen oder so, und das liegt meist darunter. Und wenn Portemonnaies geklaut werden, auch damit habe ich leider Erfahrung, ist das ja Cash, das nicht versichert ist. Auch dort lohnt es sich eigentlich nicht, dies zur Anzeige zu bringen. Und das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb der Stadtrat oder die Frau Stadträtin wenige Fälle gefunden hat. Gemäss Aussagen von Spielern, es ist zwar keine genaue Erhebung, aber diese haben gesagt, dass es wirklich grossmehrheitlich so ist, dass bei Auswärtsspielen, wenn sie in einer Stadt oder in einem anderen Dorf sind, dort eine Lösung vorhanden sei. Olten sind ein bisschen die letzten Taliban diesbezüglich. Die Anlage Kleinholz hat auch eine Fläche und Grösse, wo ein Schliesssystem und die dadurch verbundenen Investitionen durchaus in Betracht gezogen werden könnten und auch Sinn machen würden. Es gibt heute ja nicht nur Diebstähle, sondern es geht auch darum, dass sich fremde Personen insgesamt auf diesem Trakt aufhalten. Und es wurde gesagt, dass diese auch Duschen und WCs benutzen, was nicht ganz so schön sei, weil sie jeweils vertauschen, was was ist. Diebstahl von Kleidungsstücken gibt es des Öfteren. Aber dafür hat man nicht immer die Polizei angerufen, denn Aufwand und Zeit lohnen sich nicht, und was bleibt, sind Frust und Enttäuschung. Ich appelliere weiterhin an die Stadt, dass man hier bei der Anlage Kleinholz aufgrund der Massen und auch der Anzahl Leute, die betroffen sind, dort durchaus etwas ins Auge fassen könnte, damit diese Entwendungen und Diebstähle endlich aufhören und man das Sicherheitssystem der Leute verbessern kann. Die Stadt Olten und insbesondere die grossen Anlagen, haben ein angemessenes und zeitgerechtes Schliesssystem verdient. Es gibt hier Möglichkeiten. Der Stadtrat hat dies auch aufgeführt. Ich hatte ein paar Gespräche mit anderen Städten oder Vereinen, diese das gelöst haben. Es gibt tatsächlich auch Luxuslösungen mit Badge-System. Es gibt es aber auch, dass jeder Verein ein Kästli erhält. Es gibt auch das System, dass man viele Schlüssel rausgibt. Man höre und staune. Da hat man pro Verein einen Verantwortlichen oder eine Verantwortliche, welche/r diesen Schlüssel hat. So hält man auch das Material auseinander, sodass jenes von der Schule nicht mit jenem vom Sportverein vertauscht wird. Der Stadtrat jedoch möchte sich diesem nicht annehmen. Zuvor habe ich schon etwas gestaunt: Wenn unsere Prätorianergarde vom velobefahrenen Olten Pumpstationen will, wird sofort geschaut und schriftlich wurde gesagt, man wolle fünf Stationen machen. Zuvor hat sie noch von sieben gesprochen und man will einfach Lösungen machen. Aber nein, wenn von unserer Seite ein Vorstoss kommt, dann gibt es nur Gründe, weshalb es unmöglich ist, dass dies nicht geht. Es hat geheissen, es gäbe bauliche Probleme, personelle Probleme und sogar rechtliche hat man aufgeführt, um diesen Vorstoss aus den Reihen der SVP möglichst im Keim zu ersticken. Ich möchte einfach rasch darauf aufmerksam machen: Es gibt ganz viele Fitnesscenter, wo es zum Teil 1000 Schliessfächer hat, von welchen jedes einzeln betrieben werden kann. Das muss nicht die Lösung sein, aber ich will nur sagen, dass ich nicht davon ausgehe, dass diese Millionen für dieses System investieren müssen. Also, auch diese haben eine Lösung gefunden. Vielleicht sollte man sich einfach auch mal umschaun, was man machen kann. Und ich glaube daran, dass es machbar ist. Ich sage absichtlich nicht, wie sie

es lösen sollen. Aber ich habe die von Optimismus durchtränkte Ansicht, dass Olten hier eine gute Lösung finden kann. Yes, we can.

Stadträtin Marion Rauber: Der Stadtrat natürlich ein gewisses Verständnis für das Anliegen, das Matthias Borner hier einbringt. Und wie es Matthias auch gesagt hat, werden unsere Sportanlagen tatsächlich stark frequentiert und rege genutzt. In der Regel funktioniert auch das friedliche Miteinander und der gegenseitige Respekt sehr gut. Einfach noch etwas Allgemeines zu unseren Sportanlagen. Die Infrastruktur der Sportplätze im Kleinholz ist gemäss unserer noch aktuellen Sportstättenplanung bewusst teilweise auf die öffentliche Nutzung ausgelegt. Diese Sportanlagen gehören den Einwohnenden und Steuerzahlenden der Stadt Olten. Entsprechend dürfen sie zwar von den Vereinen genutzt werden, aber auch durch Private. Die entsprechenden Nutzungskonzepte unserer Sportstättenplanung sehen das explizit so vor. Also sind unsere Sportanlagen öffentlich und das kann wirklich, Matthias hat es auch schon gesagt, ab und zu zu Konfliktpotential führen. Unsere Sportanlagen in Olten sind uns einiges wert. Gerade eben habt ihr hier einen relativen hohen Betrag für ein neues Kunstrasenfeld bewilligt. Wir erhalten eigentlich sehr viel positive Rückmeldungen, auch von den nutzenden Vereinen, welche das grosszügig ausgelegte Angebot der Stadt Olten schätzen und auch die Flexibilität und Hilfsbereitschaft unserer Platzwarte. Dem gegenüber steht aber manchmal, und das finde ich auch so ein Beispiel, eine doch enorme Anspruchshaltung einzelner Vereine. Interessanterweise ist oft der Grossteil von Vereinsmitgliedern, welche diese Anspruchshaltung an den Tag legen, nicht einmal in Olten wohnhaft und steuerzahlend. Es ist so, dass eigentlich in allen Sportvereinen, und nicht nur bei uns in Olten, ob Fussball, Handball, Eishockey, üblich, dass man Wertgegenstände eigentlich generell mit an den Spielfeldrand nimmt. Und es sind uns, betreffend Thema Diebstähle anderer Art, wie sie im Auftrag beschrieben werden, tatsächlich zu wenig konkrete Vorkommnisse bekannt. Aus diesem Grund würden wir auch vorschlagen, aktuell von einer grösseren Investition für Sicherheitsmassnahmen momentan abzusehen. Wir haben nicht gesagt, es wäre unmöglich, wir würden aber im Moment davon absehen und diesen Auftrag als nicht erheblich erklären. Falls sich aber die Situation ändert, gehen wir natürlich jederzeit gerne wieder über die Bücher.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Wir verstehen das Anliegen der Sportlerinnen und Sportler, die beim Leichtathletikstadion trainieren. Es kann nicht sein, dass dort oben während des Trainings ständig Kleider und Wertsachen wegkommen. Und wir sind der Meinung, dass es hier eine Lösung braucht. In der Begründung dieses Auftrags macht man es sich ein bisschen einfach. Die Stadträtin Marion Rauber hält in ihrer Beantwortung fest, dass bei der Polizei seit letztem Jahr nur ein Vorfall gemeldet wurde. Das ist zwar wenig, heisst aber nicht, dass Diebstähle selten vorkommen. Es rennt vermutlich nicht jeder sofort zur Polizei, wenn ihm nach dem Training ein paar Schuhe fehlen. Die möglichen Massnahmen, die aufgezählt werden, machen aus unserer Sicht nicht wirklich Sinn. Ein elektronisches Schliesssystem oder eine Videokamera sind zu teuer, von abschliessbaren Kästli in den Garderoben bräuchte es vermutlich recht viele und Sachen mit ins Freie nehmen, wenn es draussen regnet, ist wohl auch nicht gerade das Gelbe vom Ei. Aber sind das alle Varianten? Und muss es immer gleich eine Rolls-Royce-Lösung sein? Es braucht keine grosse Investition. Wie wäre es, wenn man Kisten mit Deckeln zur Verfügung stellt, worin man Sachen verstauen kann und mit rausnehmen könnte? Oder dass man den Nutzern gegen ein Depot Garderobenschlüssel gibt, damit man abschliessen kann. Wir sind überzeugt, dass Marion hier kreative, günstige Massnahmen präsentieren kann. Sodass einerseits das Problem gelöst wird und gleichzeitig die Stadtkasse geschont bleibt. Aus diesem Grund wird die FDP entgegen der Empfehlung des Stadtrats den Antrag für erheblich erklären.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO hat grundsätzlich Sympathien für das Geschäft. Diebstähle in den Garderoben von Sportanlagen passieren immer wieder und es ist daher wichtig, dass man dementsprechend Sicherheitsvorkehrungen trifft. Ob die Diebstahlgefahr im Leichtathletikstadion Kleinholz grösser ist als in anderen Anlagen, können wir grundsätzlich nicht beurteilen. Aber aufgrund der Struktur des Gebäudes macht es grundsätzlich durchaus Sinn, weil man über die Garderobe keine gute Übersicht hat. Dies kann ein Mitglied der Leichtathletik-Riege des Turnvereins Olten bestätigen. Daher wäre es wichtig

abzuklären, wie viel Garderobenkästli oder zumindest Mannschaftskästli kosten würden. Wie schon erwähnt, wäre eine kostengünstige Lösung, dass man den Vereinen Schlüssel abgeben würde. Aber Überwachungskameras kommen für uns natürlich nicht in Frage. Die Fraktion GO/JGO wird diesen Auftrag dementsprechend auch für erheblich erklären.

Denise Spirig, Fraktion OJ: Ich nehme die Spannung gleich raus, wir folgen dem Stadtrat, wir werden nicht erheblich erklären. Gerne erläutere ich die Gründe dafür. Wir hatten für diesen Vorstoss im ersten Moment auch Sympathien. Diebstähle sind nie etwas Schönes und dafür haben wir auch absolut kein Verständnis. Was uns aber am Vorstoss schon mal in der Art, wie er daherkommt, gestört hat, ist, dass es einfach kein ganzheitlicher Ansatz ist. Also, du sagst, in Olten haben wir mega Probleme mit Diebstählen und dann beschränkt man sich beispielsweise rein aufs Kleinholz für Massnahmen. Das gibt dem Ganzen eher einen etwas populistischen Geschmack, als dass man irgendwie eine strategische Herangehensweise sehen würde. Nun ist dieser Vorstoss lediglich ein Prüfauftrag fürs Kleinholz, also hat die Stadträtin lediglich für dort eine kleine Vorprüfung gemacht und vier Massnahmen gesehen. Wir haben von der FDP kreative Vorschläge gehört. Aber wenn man die vier Massnahmen betrachtet, welche der Stadtrat sieht, ist eigentlich völlig klar, dass keine von diesen in Frage kommt, ausser jene, welche der Stadtrat bereit ist zu machen, nämlich die Sensibilisierung. Matthias ist hoffnungsvoll, dass noch eine weitere Prüfung stattfindet und noch neue Ideen kommen. Das sehen wir weniger. Ich war auch schon vor zwanzig Jahren in Vereinen und es war schon immer ein Thema. Auch mir wurden bereits in der Kanti mal die alten Turnschuhe aus der Garderobe geklaut. Der Autoschlüssel übrigens auch. Das war in Gondiswil. Es ist also kein Oltner Problem, Matthias, es passiert auch in den Dörfern. Ganz kriminell. Was ich sagen will, es ist wichtig und es hat dort grundsätzlich sehr gut funktioniert, wenn man die Sachen in Eigenverantwortung mitgenommen hat. Alle Auswärtsteams machten es so, genau wie wir, wenn wir auswärts waren. Man hat sein Zeugs einfach mitgenommen. Und wenn der Stadtrat bereit ist, hier noch deutlicher zu sensibilisieren und die Leute aufzufordern, das zu machen, haben wir das Gefühl, dass dies reicht und auch ausreichend ist, dass andere auch sehen, dass es praktisch keine Fälle gibt. Zumindest solche, die gemeldet werden. Daher werden wir nicht erheblich erklären.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Wir sind gerade etwas irritiert wegen den Ausführungen. Wir haben einerseits vom Stadtrat ganz klar gehört: Letzter Fall 8. August 2022. Gleichzeitig sagt die Sprecherin von der FDP «ständig». Es fänden ständig Diebstähle statt. Von der SVP haben wir gehört, dass es auch immer wieder passiert. Ich bin etwas irritiert, dass man es nicht der Polizei meldet, wenn es dann tatsächlich wirklich immer vorkommt und ein solches Problem ist. Denn wir haben etwas Mühe, vom Parlamentssaal aus, eine Beurteilung vorzunehmen, nachdem es auch Sicherheitsspezialisten gibt. Die Fakten sind so, dass es am 8. August 2022 einen Fall gegeben hat. Der wurde auch so gemeldet. Daher ist es aus unserer Sicht noch nicht angezeigt, dies auf dem politischen Parkett zu diskutieren, sondern man sollte es den Sicherheitsorganen überlassen, wenn es dort ein grösseres Thema ist. Wir sind ebenfalls für eine pragmatische Lösung. Beispiel Wertsachen: Es wurde gesagt, dass man diese wirklich an den Spielfeldrand mitnimmt. Das hat der Stadtrat auch entsprechend ausgeführt. In diesem Zusammenhang, einfach auch aufgrund von fehlenden Fakten, würden wir im Moment die Nicht-Erheblicherklärung unterstützen. Sollte sich dann aufgrund weiterer Meldungen das Ganze verändern, kann mit uns wieder diskutiert werden.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Es tut mir wirklich leid, dass Matthias Opfer von Diebstahl wurde durch die Taliban oder die Prätorianer. Diebstähle sind wirklich ärgerlich, das ist gar keine Frage. Mir ist auch schon Zeugs geklaut worden und man regt sich wahnsinnig auf. Wirkungsvolle Massnahmen dagegen muss man ergreifen, das ist sicher so. Die zur Verfügung stehenden wurden von der Direktion aufgezeigt. Einem konkreten Auftrag, hier Massnahmen zu ergreifen, können wir so, ohne die konkrete Kostenfolge zu kennen, sicher nicht zustimmen. Wie andere Vorredner vermissen wir etwas den ganzheitlichen Ansatz im Vorstoss. Es ist ein Ort, wo man gerade ein Problem hat. Und ein insularer Massnahmenkatalog, der sich ausschliesslich auf das Leichtathletikareal beschränkt, wäre ja auch ein bisschen verfehlt. Kisten mit Deckel finde ich eine gute Idee. Das ist eine pragmatische Lösung

des Problems und man kann es absolut in die Eigenverantwortung der Vereine übertragen. Das liegt auch im Budget eines jeden Vereins, würde ich behaupten. Ich finde es aber gut, wenn ein konstruktiver Leistungsaufbau konkret vorgebracht wird. Und Matthias kann gerne in der nächsten Sitzung einen Budgetantrag für seine bevorzugte Massnahme stellen. Und wenn es keine Videokameras sind, dann bietet die SP auch gerne Hand zur Überweisung. Und vielleicht zum Schluss etwas ketzerisch: Wie Matthias habe ich als Hallensportler auch viel Zeit in Hallen und auf Sportanlagen verbracht und seit dreissig Jahren wurde uns immer eingebläut: Als erste Massnahme die Wertsachen mitnehmen. Es ist das absolut wirkungsvollste, es kostet nichts und wurde vom Stadtrat auch aufgeführt. Die Mannschaften nehmen ihr Zeugs mit. Und es ist ja immer jemand neben dem Spielfeld, der diese Tasche ein bisschen im «Schärme», im Hüttli, hüten kann. Da sehe ich kein riesiges Problem.

Matthias Borner (SVP): Ich habe ein bisschen gestaunt betreffend populistischen Ansatz. Es ist eben auch ein sehr strategischer Ansatz, wenn man mal dort beginnt, wo das Problem am grössten ist. Dass man dort erste Erfahrungen sammelt und wenn das funktioniert, kann man es in die Kanti oder ich weiss nicht, wo, ausweiten. Hier sind sehr viele Meldungen gekommen. Es wurde sehr kontrovers diskutiert. Luc, du bist ja auch im Vorstand, du warst bei dieser Diskussion dabei. Und daher bin ich damit angekommen. Ich weiss nun nicht genau, was ihr erwartet mit einem ganzheitlichen, strategischen Ansatz. Wollt ihr zuerst eine Fachverantwortliche im Stadthaus anstellen, welche irgendwie untersuchen soll, wie das so ist? Zum einen stellt sich die Frage: Hat es Diebstahl gegeben? Ja oder nein? Das ist die eine Frage. Aber die andere Frage ist auch das Sicherheitsbewusstsein. Welches Bild geben wir ab, wenn auswärtige Mannschaften nach Olten kommen und man diesen sagt: «Bei uns müsst ihr halt alles mitnehmen. Hosen, T-Shirts, alles. Es kann alles geklaut werden. Die Garderoben werden nicht abgesperrt.» Dieses Gefühl und die Visitenkarte ist einfach unschön, egal ob der Diebstahl stattfindet oder nicht. Es gibt viele Gemeinden, die dafür Lösungen haben. Einfache, pragmatische Lösungen. Auch Dörfer haben Lösungen gefunden und wir haben einfach keine. Und das ist ein Problem, das wirklich schon viele Jahre immer wieder aufkommt und man will einfach nichts dagegen machen. Und dir, Luc, als mittlerweile schon fast Silberrücken deiner Fraktion, möchte ich gerne noch einmal den Budgetprozess erklären. Denn dort gibt es zuerst einen Auftrag aus dem Parlament und erst dann kommt es ins Budget. Also, ihr habt mal versucht, es umzukehren. Ich glaube, es waren CHF 80'000 für Pumpstationen ohne parlamentarischen Auftrag. Dies hat damals keine Mehrheit gefunden. Aber hier wird der Stadtrat eigentlich aufgefordert, dazu eine Vorlage zu machen und dort wird die Kostenfolge beinhaltet sein. Danach können wir immer noch schauen, ob wir einverstanden sind oder nicht. Es gibt Lösungen, man kann etwas machen, aber der Stadtrat möchte es nun mal einfach nicht machen. Es ist einfach unschön, wenn man den Vereinen diesen Zustand weiterhin so zumutet.

Simone Sager (FDP): Ziemlich überrascht bin ich von gewissen Fraktionsaussagen, wie: Es hat nur einen bekannten Fall gegeben. Oder: Man weiss doch, dass man es mitnehmen muss. Jawohl, das ist so. Nun komme noch ich. Als aktive Sportlerin bin ich aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr regelmässig in der Halle. Es ist so. Als Hallensportler bläut man schon den Kleinsten ein: Nehmt euer Zeugs mit. Das heisst, sie gehen in die Garderobe, ziehen sich um, stecken alle ihre Kleider – nicht nur Wertgegenstände, sondern auch billige Schuhe, No-Name-Sachen – in ihre Tasche und nehmen sie mit in die Halle. Denn wenn du zurückkommst, hast du keine Sicherheit, dass dein Zeugs noch da ist. Das sagt man schon den Kleinsten und die lernen das von klein auf. Nun, wie machen wir es auf einem offenen Fussballfeld? Dort kannst du den Kindern genau das Gleiche sagen: Nehmt eure Sachen mit an den Spielfeldrand, damit es euch nicht geklaut wird. Ich bin überzeugt, dass sie das machen, solange es nicht quer regnet. Denn wenn es quer regnet, sind alle Sachen, die sie mit nach draussen nehmen, tropfnass und sie haben keine Ersatzkleider mehr. Wenn man davon spricht, dass Sachen gestohlen werden, Wertgegenstände, dann muss man sich nicht überlegen, ob man Kästli – ich betone: Kästli – für Wertgegenstände macht. Dort kann man das Portemonnaie reinlegen, das ist okay. Daneben, aus der Tasche, wird dir dann trotzdem dein Zeugs rausgeklaut. Es geht wirklich darum, dass man diesen Vereinen, die in diesen offenen Arealen trainieren, wo es keine Chance gibt, bei schlechtem Wetter ihre Sachen in

einem trockenen Zustand zu lagern, eine Möglichkeit gibt. Und nur, weil lediglich ein Fall bekannt ist, heisst das nicht, dass es nicht vorkommt. Zuvor hat jemand gesagt, es war schon vor dreissig Jahren so. Jawohl, das ist so. Und es ist heute noch so. Sogar die Schüler nehmen während den Turnstunden ihr Zeugs mit in die Halle, weil du nicht sicher sein kannst, ob es danach noch da ist. Und es verlangt niemand, dass man einen Rolls-Royce hinstellt. Eine Kiste mit einem Deckel, damit diese Leute ihre Sachen dort reinlegen können, damit es bei Regen trocken bleibt. Und die Idee von dir, Luc, finde ich gut. Die Vereine haben ein Budget. Kein Thema. Aber frag jeden Verein, der Material hat, wo man dieses Zeugs aufbewahren soll. Die Hallen sind bereits jetzt am Anschlag. Also, wenn wir damit beginnen und wir im Leichtathletikstadion sagen: Die Leichtathleten sollen eine Kiste nehmen, der Fussballclub A soll eine Kiste nehmen und Fussballclub B eine. Wo soll das alles aufbewahrt werden? Wir sprechen von einer Kiste, die vielleicht CHF 500 kostet, mit Rollen und Deckel, und das Problem ist gelöst, bis vielleicht mal ein Umbau stattfinden kann. Nicht immer, wie es Sandy gesagt hat, vom Höchsten ausgehen, sondern einfach und pragmatisch, damit man ihnen die Möglichkeit geben kann. Zumindest jenen, die ihr Zeugs nicht in eine Halle nehmen können und davon ausgehen können, dass die Sachen trocken bleiben. Insbesondere, wenn schlechtes Wetter ist, es quer regnet oder schneit. Darum nicht immer oben beginnen. Einfach mal sachlich überlegen und es hinstellen. Wenn sie es nicht benutzen, ist es ihre Baustelle, aber man gibt ihnen immerhin die Möglichkeit, ihr Zeugs dort reinzulegen. Und noch einmal: Nicht Kästli, sondern etwas, worin ganze Taschen Platz haben.

Christine von Arx (SP): Ich schaue es weniger aus der Sicht der Vereinssportlerin an, sondern vielmehr als Einwohnerin, die sich vielleicht auch mal aus sportlichen Gründen dorthin verirrt. Was ich auch schon gemacht habe, um Runden zu drehen. Nur weil es öffentlich, oder auch öffentlich ist, heisst es natürlich nicht, dass kein Bedürfnis besteht, dass man Sachen, Wertgegenstände oder auch mehr, einschliessen kann. Sei es in einer Garderobe, wozu man einen Schlüssel hat, sei es in Kästli. Kästli, die es auch in der Badi hat, wo man, wenn man es richtig macht, ganze Taschen mit Ausrüstung reinstellen kann. Und sie sind dort ja nicht so gross. Aber das eine widerspricht nicht dem anderen. Ein System zum Einschliessen von Wertgegenständen, was auch immer dies beinhaltet, widerspricht natürlich nicht dem Grundsatz, dass irgendetwas öffentlich zugänglich ist. Ich meine, der Bahnhof hat auch Schliessfächer fürs Gepäck. Und dies schliesst niemanden von der Benutzung des Bahnhofs aus. Das ist das eine. Zum Zweiten ist es tatsächlich so. Ich gehe davon aus, dass es im Kleinholz gleich ist wie in der Badi: Es wird rege gestohlen und offenbar kommt nichts weg, das frankenmässig wirklich wert hat. Deswegen geht man nicht zur Polizei. Es macht keinen Sinn, es überlastet die Polizei, man kann es nicht bei der Versicherung abrechnen, man hat viel Papierkram für nichts, selbst wenn der Dieb irgendwann gefasst wird. Die Polizei würde sich bedanken, wenn man eine Anzeige macht, wenn einem die fünf Jahre alten Halbschuhe gestohlen wurden, welche keinen Wert mehr haben. Aber es wird viel gestohlen. Die Frage lediglich damit beantworten, es gibt nur eine Anzeige, ist natürlich schon ein bisschen ein Hohn. Vergangenen Sommer wurde in der Badi viel gestohlen. Es wurden Sachen gestohlen wie Latschen für in die Aare. Meint ihr, dafür wurde bei der Polizei eine Anzeige gemacht? Ich empfinde dies als ein fadenscheiniges Argument dafür, dass man nichts machen will. Man muss sich allgemein überlegen, da gebe ich den anderen Recht, dass man an Orten, wo Sport betrieben wird, wo niemand einen Schlüssel hat zu einem abschliessbaren Raum, wie die Sporttreibenden ihre – nicht nur Wertsachen, sondern alles – sicher aufbewahren können. Man beginnt jetzt mal im Kleinholz. Es gibt noch andere Orte.

Ursula Rüegg (SVP): Viel wurde bereits gesagt. Ich möchte mich doch auch noch rasch dazu äussern. Jeder, der Sport macht und schon einmal in den verschwitzten Kleidern heimlaufen musste, oder ohne Schuhe, wäre sicher froh gewesen, er hätte seine Sachen irgendwo einschliessen können. Das ist mir selber auch schon passiert. Ich bin auf der rechten Aareseite aufgewachsen, Training hatte ich im Leichtathletikstation. Es ist ein ziemlich weiter Weg. Wir hatten damals noch keinen Bus und auch keine Eltern, die ein Auto besaßen. Da wärst du froh gewesen, hättest du deine Sachen einschliessen können. Dann hat es mich ein bisschen gewundert, wenn man sagt: Das wird jetzt so einseitig angeschaut. Ja, ich glaube, wir haben nur ein Stadion. Ich weiss nicht, vielleicht ist mir eines entgangen. Ich glaube, es ist wirklich

das Problem, dass viel draussen stattfindet. Also, die Sportler sind draussen, die Sachen sind drinnen. Ich glaube, jeder Sportler ist froh, wenn er reinkommt und seine Sachen noch hat, sich umziehen und nachhause gehen kann. Ich teile Matthias' Meinung. Es macht einfach eine schlechte Gattung, und man hat das Bedürfnis seine Sachen wirklich sicher einzuschliessen. Mit rausnehmen finde ich auch eine gute Idee. Allerdings hast du, Simone, es sehr gut beschrieben. Wenn es regnet oder schneit, hält sich dieser Vorschlag in Grenzen.

Martin Räber (GO): Ich habe wirklich auch etwas Unverständnis. Denn es sind ganz viele Argumente gefallen, die ganz klar zeigen, es wäre eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und etwas, das ganz viel hilft und dient. Und eigentlich ist es für mich ein völlig klarer Fall, dass man diesem zustimmen sollte. Ich verstehe wirklich nicht, wieso man es von linker Seite so bekämpft. Es ist eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, von etwas, das wir alle gut finden, für Leute, die Sport machen und was wir unterstützen. Und man kann doch nicht in Abrede stellen, dass es eine Verbesserung der Infrastruktur wäre. Und die Kosten sind wohl sehr überschaubar.

Heinz Eng (FDP): Ich glaube, es gibt hier Parteien und Personen, die nicht wissen, was die Kernaufgabe vom Staat, von der Stadt oder der öffentlichen Hand ist. Und das ist mit Sicherheit, das subjektive Sicherheitsbedürfnis, Schutz von Leben und Eigentum. Und das, bevor man irgendwo ein Bänkli hinstellt und grün anstreicht, oder einen Baum pflanzt, ist die Kernaufgabe einer Stadt. Nämlich, dafür zu sorgen, dass je nachdem am Bahnhof, wenn man spät nachhause kommt, die Sicherheit gewährleistet ist. Oder dann eben auch, wenn man auf öffentlichem Grund Sport macht und seine Sachen zurücklässt, dass man die Gelegenheit hat, diese einzuschliessen. Da möchte ich schon sagen, wer hier dagegen sein kann, finde ich schon stark. Denn das subjektive Sicherheitsgefühl leidet da natürlich stark. Und gerade du, Luc, hast zuvor gesagt, man müsse die Stadt gut verkaufen, Velorouten und so. Aber die Reputation, durch solche, es wurde genannt, die nicht in der Stadt wohnen, weil dort oben geklaut wird, das ist siebenmal verreckter. Und vor allem wird das Grundprinzip von Sicherheit, von Leben, und Schutz von Eigentum von der öffentlichen Hand eigentlich mit Füßen getreten.

Vivek Sharma (OJ): Ich gehe ganz weit zurück zum Votum von Gian Baumann. Ich finde es ganz pragmatisch und treffend. Ich bin nicht Teamsportler, ich kann nicht beurteilen, wie viel geklaut wird oder was es fürs Image der Stadt Olten bedeutet. Aber grundsätzlich fände ich es pragmatisch, dass Sportanlagen auch mit Garderoben oder Schliessfächern ausgestattet sind, wie es in der Badi die Norm ist. Das fände ich persönlich eine gute Sache. Danke, Gian, für dein Votum. Überwachung und so fände ich weder zielführend, noch bringt es sonst etwas. Wenn es nicht Unsummen kostet, dann wäre es sicher ein guter Beitrag, den man so machen sollte.

Manuela Höfler (GO): Versuchen wir mal, es auf der Metaebenen anzuschauen. Wenn wir diesen Auftrag anschauen und jenen, als wir über die Pumpen diskutiert haben. Es ist strategisch nicht brillant geschrieben, nein, es ist doch ein Pilot. Die Kostenfolgen sind nicht klar, aber es ist nur ein Prüfauftrag. Gibt es wirklich einen Bedarf? Gibt es so viele Diebstähle? Die anekdotische Evidenz ist vorhanden. Reicht das? Ja? Nein? All diese Argumente, die wir uns gegenseitig immer hin und her schlagen, hätten wir beim Pumpen brauchen können. Wir können rausnehmen, dass es um Pumpen geht, hier geht es um Schlösser. Diese Argumente kehren wir uns gegenseitig immer wieder um. Und wir vergessen ein bisschen, dass wir eigentlich überlegen müssen, was der eigentliche Bedarf ist. Unabhängig davon, wer es geschrieben hat. Macht Sinn. Matthias, ein kleiner Tipp: Wenn du das nächste willst, dass es strategisch brillant daherkommt, es gibt andere Parteien, die dir vielleicht dabei helfen würden. Dann könnten diese vielleicht schon vorher Inputs bringen, welcher dir jetzt um die Ohren geschlagen werden. Es wäre ganz einfach. Es ist ja auch keine Hexerei, dann müssten wir nicht so lange über solche Sachen streiten.

Claudia Schmid (SP): Vielleicht vorweg, Matthias, ich sehe es ähnlich mit diesem Vorstoss. Grundsätzlich finde ich das Thema sehr spannend, muss aber ganz klar sagen, wäre dieser

etwas anders formuliert, hättest du nicht so viele Gegner gehabt. An diesem einen Nebensatz, den du noch reingepackt hast, welcher eigentlich nicht viel mit dem Thema zu tun hat, habe ich mich sehr gestört. Gleichzeitig muss ich aber irgendwie sagen, sehe ich es auf einer anderen Ebene ganz klar als einen Bedarf der Stadt Olten. Wenn wir eine moderne Sportstadt sein wollen und auch etwas bieten, gehört es meiner Meinung nach einfach zur Infrastruktur. Und das andere, das ich in diesem Zusammenhang sehe, ist, dass es oft wahrscheinlich auch Familien trifft, die ihren Kindern nicht einfach jederzeit, selbst wenn es sich nur um CHF 30 handelt, neue Schuhe kaufen können. Und ich finde, das ist das, was mir fast das grösste Anliegen ist. Es haben nicht alle Familien so viel Geld, dass sie einfach jederzeit Hosen, Schuhe, irgendetwas, ersetzen können. Und ich finde, daran müsste man eben auch denken.

Stadträtin Marion Rauber: Ihr wisst, ich baue gerne. Ich würde dort oben selbstverständlich gerne bauliche Massnahmen vornehmen. Damit hätte ich überhaupt kein Problem. Ihr erwartet vom Stadtrat immer, dass er priorisiert und ein bisschen abwägt, was es braucht und was es nicht braucht. Und es ist wirklich so, so leid es mir tut, wir haben diesen einen Vorfall. Wir haben auch nicht jede Woche drei E-Mails, die an die Baudirektion schreiben, es gäbe ein Problem, es wurde eine Trainerhose gestohlen. Wenn es so wäre, hätte ich das so geschrieben. Und es ist nicht abwertend, wenn ich sage, dass wir nur diesen Vorfall haben. Und diese Rückmeldungen sind halt für uns auch wichtig, um zu sehen, ist es wirklich ein Problem oder nicht. Ich finde es jetzt eigentlich noch schwierig, wenn es uns zum Vorwurf gemacht wird, wenn wir mit Fakten versuchen, ein Bedürfnis zu hinterlegen, wenn wir es im Moment einfach nicht haben. Man hört ein bisschen davon, aber eigentlich haben wir es nicht. Christine von Arx möchte ich gerne Folgendes sagen: Das mit der offenen Anlage hat sich darauf bezogen, was Matthias Borner auch noch geschrieben hat. Nämlich, dass Personen randalieren, die nicht zum Trainingsbetrieb gehören. Das war darauf bezogen und nicht auf die Diebstähle wegen der offenen Anlage. Also, wenn ihr wollt, dass wir dort etwas verbessern, erklärt es erheblich und dann mache ich das gerne.

Simone Sager (FDP): Marion, fahr noch nicht mit dem Bagger auf. Es verlangt niemand bauliche Massnahmen. Was ich zuvor vergessen hatte zu sagen: Vielleicht könnte im Kleinholz die Chance bestehen – vielleicht –, dass man endlich damit beginnen würde, den Vereinen zu vertrauen und ihnen einen Schlüssel abzugeben. Es gibt in der Stadt Olten kein Verein, der die Möglichkeit hat, eine Halle zu öffnen oder zu schliessen, geschweige denn eine Garderobe. Warum auch immer. Sprichst du mit dem einen, heisst es, es ist einfach nicht möglich. Sprichst du mit dem anderen, ist es auch nicht möglich. Aber vielleicht hätten wir endlich die Chance, im Leichtathletikstation Kleinholz und in den anderen Räumlichkeiten diesen Versuch zu starten. Ein Schlüssel. Vielleicht müsste man einen Zylinder wechseln, ja, damit man dort mit dem Schlüssel reinkommt. Aber dies könnte vielleicht eine wegweisende Öffnung sein, dass diese Vereine auch künftig Schlüssel bekämen, mit welchen sie eine Garderobe oder Halle abschliessen könnten, damit der Hauswart abends um 22.30 Uhr nicht absperren muss. Das wollte ich noch sagen. Also, Bagger sowieso nicht. Und überlegt euch wirklich das mit dem Schlüssel. Ich glaube, ganz, ganz viele Vereine in der Stadt würden euch umarmen.

Stadträtin Marion Rauber: Liebe Simon, ich fahre nicht gleich mit dem Bagger auf. Ich habe Eure Voten mit den Kisten und allem mitgenommen. Es gäbe bestimmt pragmatische Geschichten. Ich muss einfach noch sagen, dass es eigentlich kein Prüfungsauftrag ist, sondern es sind konkrete Massnahmen gefordert. Und das mit dem Schlüssel: Ich habe es letztes Mal bereits gesagt, als Sandy das gleiche Votum auch gebracht hat. Es ist so, wir sind mit diesen Schlüsseln wirklich zurückhaltend. Und zwar aus negativer Erfahrung. Ich habe es gerade kürzlich wieder selber erlebt. Wir haben fürs Sälischulhaus Schlüssel rausgegeben. Und dann war es so, dass wir das Schulhaus mitten in der Nacht mit Steinen in den Türen antreffen, welche diese Türen blockieren und offenlassen. Geschlossen hat niemand und es halten sich irgendwelche Leute in diesen Schulhäusern auf, weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass am Schluss wieder geschlossen ist. Und es ist wirklich schade. Aber vielleicht gibt es irgendwie andere pragmatische Lösungen, dass man es so machen könnte, dass am Schluss wirklich geschlossen ist. Aber die Erfahrungen haben einfach gezeigt, dass man sich

leider nicht darauf verlassen kann, dass am Schluss wieder abgeschlossen ist. Das ist der Grund. Aber ich nehme es gerne mit. So oder so, egal, was ihr abstimmt.

Marc Winistörfer (SVP): Heute ist der Abend des Pragmatismus. Das Wort «pragmatisch» haben wir jetzt doch schon einige Male gehört. Ich würde der Stadträtin einen pragmatischen Vorschlag machen: Nächstes Mal, wenn ihr die Sportvereine trefft, ihr habt ja einen Austausch zwischen Stadtrat und Sportvereinen, ruft diese dazu auf, eine Art Protokoll zu führen von Diebstählen, Sachbeschädigungen, das ihre Mitglieder betrifft. Dass man dies über eine gewisse Zeit erhebt. Dann hätte man auch Daten dazu. Sollte dieser Auftrag nicht angenommen werden, was ich natürlich nicht hoffe, ich hoffe eine Mehrheit sagt ja, könnte der Stadtrat darauf aufgrund dieser Daten gewisse Massnahmen, die sinnvoll und verhältnismässig sind, vorlegen. Und wir würden diesem auch im Budget zustimmen.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich will keinen Ordnungsantrag stellen. Aber wenn wir miteinander reden, finde ich, sollten wir auch ein bisschen die Sprache pflegen. Wenn ich hier höre: «Latschen», «Zeugs» und «klauen». Wir sind alle in die Schule gegangen. Es gibt Wörter dafür, wie «Textilien», «stehlen», «Schuhe». Mich stört das und ich sage euch das jetzt. Und es stört mich auch, wenn ihr Faxen macht, wenn meine Kollegin neben mir spricht.

Matthias Borner (SVP): Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Ich finde es traurig, dass es wichtig ist, wer den Vorstoss gemacht hat. «Wenn du den nicht allein eingegeben hättest, wäre er wohl anders beurteilt worden.» Oder auch das mit der Sprache. Ich möchte dir einfach rasch Folgendes sagen: Es ist ein Riesenthema. Es wird etwas geklaut. Und dort können sich Leute aufhalten, die nicht zum Verein gehören. Und das ist für diese ein Riesenthema. Und sie wollten sogar vorschlagen, dass man ganz abschliesst. Dafür bin ich sicher nicht. Daher habe ich einen Vorschlag gebracht, dass man hier etwas macht. Also, eben, für die Vereine ist es ein Riesenthema, dass dort Leute sind, die man nicht kennt. Und von meinen besten Vorstössen, die ich in meiner politischen Karriere gemacht habe, waren die wenigsten meine Idee. Es kommen Leute auf mich zu und im Parlament gebe ich es ein. So wie jener, den ich heute eingegeben habe. Und ich sehe es auch als unsere Funktion, dass wir eigentlich die Ideen und Bedürfnisse und Probleme der Bevölkerung aufnehmen und hier einbringen. Und dann sollte es doch keine Rolle spielen, wer es eingebracht hat. Und sonst können wir von mir aus diesen Auftrag noch einmal reinbringen, und es können sich drei Freiwillige melden, von welchen ich den Namen noch hinschreiben. Dann können wir es so lösen.

Beschluss

Mit 24 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Januar 2024

Prot.-Nr. 41

Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP, OJ und Mitte/GLP/EVP betr. Mobilitätskonzept Schule für Olten/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 21. Juni 2023 wurde ein Vorstoss durch die Fraktionen Fraktion Grüne/Junge Grüne, SP/Junge SP, Olten jetzt! und Mitte/GLP/EVP mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wie im Rahmen der Ortsplanungsrevision ein Mobilitätskonzept Schule entwickelt werden kann.

Begründung

Mit dem Bau des neuen Schulhauses im Kleinholz, den verschiedenen Um- und Ausbauarbeiten beim Frohheim und Bannfeld sowie der geplanten Aufhebung der Kindergärten im Frohheim, Hübeli und Kleinholz verändern sich die Schulwege vieler Kinder in Olten.

Raumplanung geschieht durch Erwachsene – aus deren Sicht und Kenntnissen. Dabei wird oft zu wenig berücksichtigt, dass Kinder im Strassenverkehr andere Voraussetzungen und Bedürfnisse haben.

Beim Mobilitätskonzept Schule steht das Kind im Zentrum. Indem Schulwege für alle Schulstufen und Wohnquartiere im Konzept berücksichtigt werden, wird die Sicherheit für die Kinder nachhaltig erhöht.¹

Die anstehende Ortsplanungsrevision bietet Gelegenheit, ein solches Mobilitätskonzept zu entwickeln und bei Bedarf Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit abzuleiten. Ziel sollte sein, dass der Schulweg für möglichst viele Kinder allein zu bewältigen ist, da er einen wichtigen Freiraum darstellt.²

¹ VCS Mobilitätskonzept Schule

² Kinder mögen den Schulweg, denn dort sind sie frei wie nirgendwo sonst»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Auftrag zielt auf eine Verbesserung der Routen von Schulkindern in Bezug auf Qualität und insbesondere auch Sicherheit. Er stellt richtigerweise fest, dass sich mit den laufenden Veränderungen der Schulinfrastruktur der Stadt die Schulwege für viele Kinder verändern werden und dass es wichtig ist, (raum-)planerisch ebenfalls die Perspektive und die Bedürfnisse von Schulkindern zu berücksichtigen.

Die Revision der Ortsplanung ist nach Verabschiedung des räumlichen Leitbildes nun intensiv in die zweite Phase eingetreten: Aktuell sind die Arbeiten an den notwendigen Grundlagenkonzepten gestartet, wie Innenentwicklungskonzept, Bauinventar, Naturinventar,

Freiraum-, Natur- und Klimakonzept, Parkraumkonzept sowie Masterplan Velo und Fusswegnetzplan.

Das im Auftrag formulierte Anliegen, «Schulwege für alle Schulstufen und Wohnquartiere» zu berücksichtigen mit dem Ziel, «dass der Schulweg für möglichst viele Kinder allein zu bewältigen ist, da er einen wichtigen Freiraum darstellt», wird im Rahmen der geplanten Grundlagenarbeiten zum Gesamtkonzept Mobilität, namentlich im Fusswegnetzplan, Masterplan Velo und Freiraumkonzept, gebührend berücksichtigt.

Die Erstellung eines eigenständigen «Mobilitätskonzept Schule für Olten» ist im Rahmen der Revision der Ortsplanung nicht geplant. Der Stadtrat kann aber versichern, dass das mit dem Auftrag verbundene Anliegen bereits als ein wichtiger Aspekt bei den Arbeiten zur Ortsplanungsrevision erkannt ist. Daher beantragt er, diesen Antrag zwar erheblich zu erklären, aber gleichzeitig abzuschreiben.

- - - -

Manuela Höfler, Auftraggeberin: Kinder und Senioren sind die schwächsten Verkehrsteilnehmenden. Das heisst, wenn wir unser Verkehrsnetz und unsere Planung auf diese Gruppe ausrichten, dann haben wir eigentlich unsere Aufgaben schon zu 99% erledigt. Oder zumindest zu einem Grossteil und wir anderen profitieren eben auch davon. Ursprung dieses Auftrags war ein Gespräch mit Nils Loeffel und der Bildungsdirektion. In der Diskussion kam auf, dass die Voraussetzungen für Kinder in Olten betreffend Schulweg nicht in allen Quartieren gleich gut sind. Und alleine diese Tatsache sollte eigentlich bei uns unseren Gerechtigkeitssinn wecken. Je nachdem, wo man wohnt, sind natürlich nicht nur die Wege unterschiedlich, sondern auch die Schwierigkeiten im Verkehr. Auch die Eltern organisieren sich nicht in jedem Quartier gleich und stellen deswegen auch nicht die gleichen Forderungen an die Stadt. Schlussendlich entsteht dadurch eine Ungleichbehandlung. Die einen erhalten Busbillette, weil der Schulweg als unzumutbar eingestuft wurde. Andere Quartiere wissen nichts von dieser Option und entsprechend gibt es keine Billette für den ÖV oder andere niederschwellige Hilfe. Es darf aber nicht sein, dass es vom Einsatz und den Möglichkeiten der Eltern abhängt, ob der Schulweg sicher zu meistern ist, bzw. ob Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit ergriffen werden. Unser Auftrag soll also erreichen, dass alle Kinder in Olten gleichbehandelt werden und die gleichen Chancen haben, sicher und selbständig in die Schule zu gelangen. Als Planungsbasis soll die Perspektive der Kinder einbezogen werden. Das Konzept des VCS, welches wir in der Begründung als mögliches Vorgehen vorschlagen, sieht vor, die gefährlichen Stellen in einem partizipativen Prozess anzuschauen und Massnahmen zur Verbesserung zu definieren. Es können durchaus auch ganz kleine Sachen sein. Also, keine Angst, vielleicht braucht es keinen Bagger. Das Vorgehen, dass man eben partizipativ mit den Eltern und mit den Kindern schaut, ist auch eine Vorgabe im Langsamverkehrskonzept des ASTRA, dem Bundesamt für Strassen. Und auch das Fussweggesetz sieht vor, dass die betroffenen und interessierten Organisationen an der Planung zu beteiligen sind. Eine Gemeinde kann dazu Kommissionen oder Ausschüsse bilden. Speziell erwähnt wurde dabei, dass die thematische Abdeckung wichtiger ist als parteipolitische Überlegungen. Das fand ich noch schön, denn es zeigt irgendwie, dass wir als Fussgängerinnen und Fussgänger am Schluss alle gleich sind und wir uns wieder auf der Strasse treffen. Vielleicht nicht zu den gleichen Demos, aber am Wochenmarkt zum Einkaufen. Die Mitwirkung der Betroffenen ist also ein festes Element in der Mobilitätsplanung. Was wir dabei aber nicht vergessen dürfen: Es ist ein wichtiger Unterschied, ob wir als Erwachsene zu Fuss unterwegs sind oder als Kind. Wir sind froh, hat der Stadtrat die Bedeutung des Schulwegs und die damit verbundenen Anliegen rund um die Sicherheit und Selbständigkeit der Kinder erkannt und dass er das Thema bei den Arbeiten der Ortsplanungsrevision im Rahmen der verschiedenen Konzepte Fusswegnetzplan oder Velomasterplan aufnimmt oder schon aufgenommen hat. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass das systematische Erfassen der Perspektiven der Kinder als schwächste Gruppe der Verkehrsteilnehmenden für die Planung ein wichtiger eigener Schritt ist, um die Sicherheit der Schulkinder genügend zu berücksichtigen. Wenn wir ein solches Schulwegkonzept erarbeiten, haben wir eine perfekte

Grundlage, um die Massnahmen aus dem Velomasterplan und aus dem Fusswegnetzplan damit abzustimmen. Es gibt also durchaus Synergien. Auch wenn dieses Mobilitätskonzept ein zusätzlicher Schritt bedeutet, so ist es für die Sicherheit aller Oltnen Kinder eine unschätzbare Investition und auch ein Schritt der Fairness, damit alle Quartiere gleichbehandelt werden. Dieser Aufwand sollte es uns allen Wert sein. Daher wird die Fraktion GO/JGO fürs Erheblicherklären stimmen und gegen eine Abschreibung und wir hoffen, ihr seht das alle auch so.

Stadträtin Marion Rauber: Es ist unbestritten ein sehr wichtiges Anliegen, welches dieser überparteiliche Auftrag vorbringt. Ein Anliegen, das auch mir persönlich sehr wichtig ist. Dazu möchte ich einen kleinen Blick in die Vergangenheit werfen. Am 9. Dezember 2003 habe ich damals noch als Gemeindeparlamentarierin selber ein Postulat eingereicht, das den damaligen Stadtrat beauftragt hat, ein Schulwegsicherungskonzept zu erstellen. Es wurde mit 33 : 0 Stimmen überwiesen. Meine Vor-vor-vorgängerin, Silvia Forster, hat damals versprochen, dieses Anliegen würde bei den flankierenden Massnahmen der ERO miteinbezogen werden. Und tatsächlich hat das Thema Schulwegsicherung als spezielle Thematik im darauffolgenden Fuss- und Velokonzept Olten von 2009 einen prominenten Platz erhalten. Ich muss beim aktuellen Auftrag ein etwas ähnliche Antwort geben, wie meine Vorgängerin. Ein Teil unserer neuen Ortsplanung ist ein Mobilitätskonzept. Dort wird die Gesamtmobilität mit allen Auswirkungen auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben untersucht. Ein wichtiges Ziel eines sogenannten «integrativen Mobilitätskonzepts» ist, die Lebensqualität zu erhöhen, indem der öffentliche Verkehr gestärkt, der Langsamverkehr gefördert und die Verkehrssicherheit für alle erhöht wird. Alle verschiedenen Verkehrsträger und Mobilitätsformen sollen berücksichtigt werden und vor allem natürlich die Schwächeren auf der Strasse. Für den Stadtrat ist es selbstverständlich, dass die Betrachtung der Schulwege ein starkes Gewicht in der laufenden Erarbeitung des Mobilitätskonzepts haben werden und auch haben sollen. Wir würden dieses Konstrukt, welches wir jetzt erarbeiten, aber gerne schlank und in einem Guss haben und nicht mit X parallellaufenden Nebenkonzerten verwässern. Aus diesem Grund würden wir euch vorschlagen, diese Thematik aufzunehmen, den Auftrag auch als erheblich zu erklären, aber gleichzeitig abzuschreiben.

Daniela Minikus, Fraktion SP/JSP: Die Planung mit der bevorstehenden Ortsplanrevision hat begonnen. Die erste Projektsteuerung hat bereits im Dezember 2023 gestartet. Kommuniziert ist dort das Teilprojekt Masterplan Velo und Fusswegnetz, welches gemäss dem Terminplan des Gesamtprozesses in diesem Jahr angegangen und parallel zu den Themen Innenstadtentwicklung, Nutzungsplanung und Masterplan Schützi in eine Gesamtbetrachtung gestellt werden sollte. Dies erachten wir als sehr positiv. Nun ist es aber so, dass die Stadtbevölkerung in den nächsten zehn Jahren um zehn bis fünfzehn Prozent wachsen wird. Und gleichzeitig muss die laufende Schulraumplanung mit den Veränderungen der Schülerinnenprognose in einem neuen Betrachtungsperimeter beurteilt werden. Denn die Schulraumplanung sieht vor, dass die Schulräume und Kindergärten an zentraler Lage, also das Hübeli, die Zementi und zum Teil auch im Frohheim, aufgehoben werden, also, vor allem die Kindergärten, von dort wegziehen und in Aussenquartiere überführt werden. In diesen unklaren Verkehrsregimen in den Quartieren und in der Innen- und Altstadt, sollen nun aber die Massnahmen klarer werden. Das ist der Vorstoss, der eigentlich von uns lanciert ist. An einigen Standorten wird die Zunahme mit dem gesamten Verkehr kurzfristig zu deutlicher Überlastung führen. Wenn man zwei Beispiele nennen möchte, ist dies der Bahnhofsperimeter und der Sälikreisel und auch der Postplatz. Damit mit diesen Schulwegen eine gute und sichere Erreichbarkeit gewährleistet bleibt und dass möglichst viele Kinder ihren Schulweg alleine bewältigen können, werden wir die Abschreibung heute so nicht in Betracht ziehen können. Mit dem Masterplan Velo und mit dem Fusswegnetzplan gehen wir aber schon davon aus, dass in der Gesamtstrategie eine klare Verbesserung für den Langsamverkehr entwickelt wird. In der Begründung des Stadtrats fehlt uns aber dazu der zeitliche Rahmen, wann es zur Umsetzung der Ortsplanrevision kommen wird. Wir von der Fraktion SP/JSP sehen ein Verbesserungspotential der Schulwege mit dem Einhalten von Mindestmassen, von Standards mit der erforderlichen Qualität. Wir begrüssen deshalb eine Priorisierung dieses Mobilitätskonzepts Schulweg. Wir möchten kurzfristig mehr Sicherheit gewinnen, falls die

Umsetzung dieses Masterplans hinterherhinken sollte. Mit dem Mobilitätskonzept Schulweg könnte man bereits, und dies hat auch Manuela gesagt, einfache Massnahmen treffen, die zur Sicherheit unserer Schulkinder dienen. Wenn es tatsächlich zu einer Verzögerung der Umsetzung des Masterplans Velo und Fusswegnetzplan kommen sollte, muss man eher davon ausgehen, dass die Schulkinder einen sicheren Schulweg suchen. Und dieser würde vermutlich immer mehr durch die verkehrsberuhigte Innenstadt, durch die Altstadt, und nicht durch die sogenannten Verkehrsknoten führen. Aus diesen Gründen erklärt unsere Fraktion dieses Geschäft als erheblich und es soll nicht abgeschrieben werden.

Beat Bachmann, Fraktion Mitte/GLP/EVP: In der Antwort des Stadtrats ist von Planungen und verschiedenen Konzepten die Rede. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP befürchtet, dass die Sicht der Kinder und ihr sicherer Schulweg in diesem Ganzen untergehen und eher zu wenig Beachtung erhalten. Wir haben es zuvor von Manuela gehört, ein Weg wirklich aus Kinderperspektive zu sehen und zu verstehen, ist eine andere Welt. Wir sind der Meinung, dass es direkt mit den Kindern und ihren Eltern angeschaut und getestet werden sollte. Es geht um die Sicherheit der Kleinsten und Schwächsten im Strassenverkehr. Und es geht auch darum, dass Eltern möglichst früh wagen, ihre Kinder alleine auf den Weg in den Kindergarten und in die Schule zu schicken. Dazu gehören auch die Wege von der Schule zum Hort, zu den Kitas oder Mittagstischen. Mit dem Mobilitätskonzept Schule und einer guten Zusammenarbeit mit der Familie könnte man auch die Probleme mit zu vielen Elterntaxis angehen und die Sicherheit rund um die Schulhäuser für alle verbessern. Weil ja diese Schulwege unterschiedlich lange sein können, kann es auch nötig sein, dass Kinder mit einem Bus in die Schule fahren und vielleicht Anspruch auf ein Busabo haben. Hier finden wir es wichtig, dass man klar definiert und transparent kommuniziert, von wo und für wen dieser Anspruch gilt. Unsere Fraktion unterstützt diesen Vorstoss und wird ihn einstimmig für erheblich erklären. Wir sind jedoch anders als der Stadtrat dagegen, diesen Vorstoss sofort wieder abzuschreiben. Wir finden es wichtig, den Auftrag zu prüfen.

Nico Zila, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion bedankt sich bei den Auftraggeberinnen und Auftraggebern für das eingebrachte Anliegen. Es ist aus unserer Sicht richtig und auch wichtig und wir werden die Überweisung des Vorstosses einstimmig unterstützen. Ich werde mein vorbereitetes Votum angesichts der vorgerückten Stunde etwas kürzen. Ein Punkt, Beat Bachmann, du hast es aufgenommen, betrifft das Thema der Elterntaxis. Wir sind in Olten im Moment in der Situation, dass es noch nicht dermassen virulent ist, wie in anderen Gemeinden. Ich denke an Oensingen. Da konnte man kürzlich lesen, dass aktiv Kampagne gemacht werden muss, damit die Kinder nicht in die Schule gefahren werden. Mit der Dezentralisierung und dem neuen Schulraumkonzept könnte es durchaus zu einem Thema werden und es ist auch für uns, die FDP, ein sehr wichtiges Anliegen, dass die Schulwegsicherheit so gut gewährleistet ist, dass Eltern und Kinder erst gar nicht auf Idee kommen, den Weg mit dem Auto zurückzulegen. Um die Frage der Abschreibung zu beurteilen, eine Bitte an dich, Marion, als Baudirektorin. Die schriftliche Antwort vom Stadtrat liegt nun doch schon fast ein halbes Jahr zurück. Das ist nicht dein und euer Fehler, sondern liegt an unserer Geschäftslast. Gibt es hier im Rahmen der Ortsplanung in der Zwischenzeit etwas Konkretes, das bereits passiert wäre? Etwas, das in diesen Mobilitätskonzepten bereits berücksichtigt worden wäre, das dem Anliegen der Auftraggebenden entspricht? Das könnte einem helfen zu beurteilen, ob die Abschreibung heute bereits gerechtfertigt ist.

Stadträtin Marion Rauber: Wir sind aktuell, Daniela hat es aufgeführt, tatsächlich in der laufenden Planung. Und ich habe noch kein konkretes Beispiel, das die Schulwege betrifft und ich spontan auf den Tisch legen könnte. Aber eben, wie ich es gesagt habe: Für den Stadtrat ist es selbstverständlich, dass dies ein extrem wichtiger Teil dieser ganzen Mobilität ist.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler ist ein wichtiges Anliegen. Aber eben nicht nur für Schülerinnen und Schüler. Wir haben uns gefragt, ob es zu allem und jedem ein separates Konzept braucht. So gibt es am Schluss oftmals ein Ganzes, das nicht zusammenpasst. Ist es wichtig, für verschiedene Schulwege ein eigenes Konzept zu haben? Von uns aus gesehen nicht. Es braucht sichere Verkehrsverbindungen, egal, ob ich

gerade in die Schule gehe, oder einkaufen oder zur Arbeit. Und egal, ob ich zu Fuss, mit dem Velo oder mit anderen Mitteln unterwegs bin. Wir merken es ja selber. In vielen Vorlagen kommen beispielsweise Schulwege vor. Bei der Postkreuzung, bei der alten Brücke und überall dort, wo verschiedene Bedürfnisse zusammenkommen. Danke, Marion, an dieser Stelle, dass du die Problematik ganzheitlich angehen willst, wie du es zuvor erklärt hast. Ich glaube, es ist wichtig, dass man diese Anliegen zusammenfasst. Die SVP würde für nicht-erheblich stimmen, oder, wenn der Auftrag als erheblich erklärt wird, für eine Abschreibung.

Salome Kisker, Fraktion OJ: Vielleicht können wir uns alle noch an unsere Schulzeit erinnern. Der Schulweg ist mindestens genauso wichtig wie die Schule selber. Wie bereits im Antrag erwähnt, ist der Schulweg für die Kinder essentiell. Auf dem Schulweg lernen die Kinder selbständig zu werden. Er bietet einen Freiraum neben der Schule und auch neben den Eltern und muss auch aus diesem Grund für alle selbständig gut zu bewältigen sein. Die Kinder sollen auch insbesondere gegenüber vom Strassenverkehr viel mehr Berücksichtigung und Gewichtung erhalten. Wir erachten es daher als sinnvoll, dass es der Stadtrat prüft, ob ein eigenständiges Mobilitätskonzept für die Schulen in Olten in der Ortsplanungsrevision entwickelt werden kann. Wir werden den Antrag einstimmig erheblich erklären und sind gegen eine Abschreibung.

Beschluss

Mit 32 : 5 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Beschluss

Mit 32 : 5 Stimmen wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Wir sehen uns am 21. März wieder zur nächsten Sitzung. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.